

Am 26. Oktober 2006 veranstaltete das ifo Institut in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer München und unterstützt durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie zum sechsten Mal den »Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, dem Groß- und Einzelhandel, der Bauwirtschaft sowie in einzelnen Dienstleistungssektoren. Die Ergebnisse wurden auch in diesem Jahr in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert. Der vorliegende Bericht bietet einen Überblick über die behandelten Themen.

*Zusammenfassung von
Thomas Kiessl*

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa

Nach der Begrüßung durch Herrn Dr. Obermeier, IHK München, umfasste der erste Teil des diesjährigen Branchen-Dialoges neben einer kritischen Betrachtung der Weltwirtschaft, der Kapitalmärkte sowie des Arbeitsmarktes, insbesondere die Analyse und Diskussion der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und Europa durch den Präsidenten des ifo Instituts, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn.

Weltwirtschaft

Anhand des vom ifo Institut vierteljährlich ermittelten Weltkonjunkturindikators »WES« (World Economic Survey, vgl. Abb. 1) erläuterte Sinn zunächst die Entwicklung sowie die aktuelle Phase der Weltwirtschaft. Nachdem der Indikator als Folge des Anschlags vom 11. September 2001 den niedrigsten Wert Ende 2001 erreicht hatte, folgte in 2002 ein – vor allem durch hohe Erwartungen getriebener – Anstieg des Index. Aufgrund einer gleichzeitig anhaltend schwachen Beurteilung der Lage kam es jedoch erst im Herbst 2003 zu einem echten Aufschwung, der bis Mitte 2004 anhielt. Anschließend folgte erneut, wenngleich auf hohem Niveau, über vier Quartale hinweg ein Abschwung im ifo Weltwirtschaftsklima, der ab Mitte 2005 durch einen Anstieg abgelöst wurde. Die Lage der Weltwirtschaft am aktuellen Rand sei nach Meinung der WES-Experten uneingetrübt positiv. Die letzten Umfragewerte vom dritten Quartal 2006

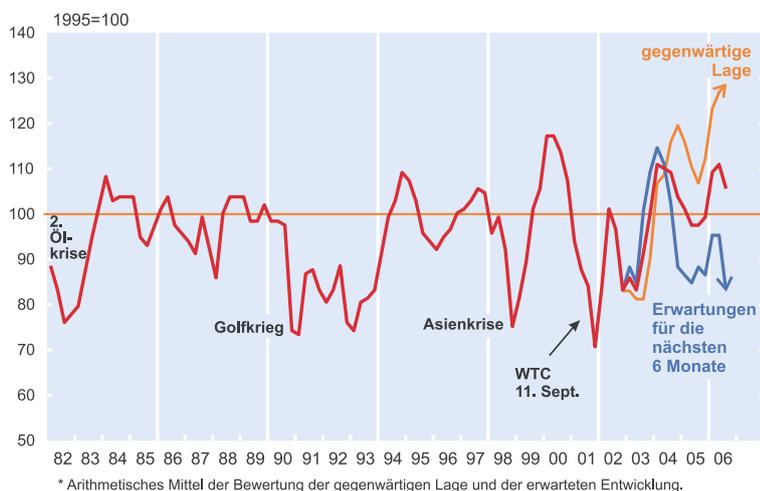
zeigten deutlich nach oben, so Sinn weiter. Allerdings seien die Erwartungen ins Negative gerichtet, so dass allgemein eine Abschwächung der Weltkonjunktur für das nächste halbe Jahr erwartet werde. Dieser Einschätzung schließe sich auch das ifo Institut an. Mit einem erwarteten Weltwirtschaftswachstum von 4,9% für 2006 und 4,7% in 2007 (IWF, April 2006) stelle dies jedoch eine Abschwächung auf höchstem Niveau dar, wenn man diese Werte mit der Vergangenheit vergleiche. Ein ähnlich hohes Weltwirtschaftswachstum über den Zeitraum von vier Jahren hinweg war zuletzt Anfang der siebziger Jahre zu beobachten.

Ein differenziertes Bild zeige sich hierbei in der isolierten Betrachtung der weltweit größten Volkswirtschaft, den USA. Wenngleich die Lage auch im dritten Quartal 2006 weiter als gut beurteilt werde, so komme es gleichzeitig zu einem deutlichen Einbruch bei den Erwartungen, die nun stark in den negativen Be-



ifo-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Abb. 1
ifo Weltwirtschaftsklima*



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) III/2006.

reich hinein ragten. Es mehrten sich folglich die Anzeichen, dass in den USA eine »sanfte Landung« der Konjunktur stattfinden und damit der lang anhaltende Boom zu Ende gehen werde.

Kapitalmärkte

Angesichts der stürmischen Konjunkturentwicklung in Europa hielt es Sinn für absolut richtig, dass die europäische Zentralbank die Zinsen erhöhte. Die im Rahmen der Euroeinführung ausgelöste Zinskonvergenz habe zu zwei wesentlichen Veränderungen auf dem europäischen Kapitalmarkt geführt. Zum einen sei heute die einstige Zinsspreizung innerhalb der Eurozone verschwunden, was zu Umlenkungseffekten führte. Da heute alle Länder innerhalb der europäischen Währungsunion Zugang zu günstigeren Zinsen hätten, welche zuvor nur Deutschland vorbehalten waren, würden nun Investitionsprojekte in vielen Teilen Europas rentabel, die es vorher nicht waren. Dies ziehe wiederum eine Verlagerung von Investitionen von Deutschland bis in die entlegensten Ecken Europas nach sich. Durch diesen Effekt verlagerten sich die Wachstumskräfte eindeutig von Deutschland in die Peripherie. Dies sei aufgrund der dadurch erreichten höheren Effizienz zwar gut für Europa, partiell betrachtet, wirke es sich aber auf den Standort Deutschland negativ aus. Zum Anderen sei der aktuelle Zinssatz im langfristigen Vergleich zu niedrig. Bei einem nominalen Zinssatz von 4% und einer Inflation von 2% liege der Realzins bei 2%. So niedrig sei der Zins noch nie gewesen.

Dies spiegele sich auch in den momentan relativ hohen Aktienkursen wider, vor allem in den USA. Betrachte man hierzu die Historie des Kurs-Gewinn-Verhältnisses, liege man

am aktuellen Rand mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis von 25 beim S&P 500 weit über dem historischen Durchschnitt von 15, was für eine Normalisierung der Kurse – jedoch nicht von heute auf morgen – spreche. Diese Einschätzung werde auch von der aktuellen Lage der Leistungsbilanzsalden gestützt. So schlage hier für die USA ein Defizit von knapp 1 000 Mrd. US-Dollar für 2006 zu Buche, während China, Japan und auch Deutschland derzeit Überschüsse zwischen 100 und 200 Mrd. US-Dollar generieren. Das bedeute somit, dass die USA jährlich Kapital in Höhe ihres Defizits importieren müssten, um diese Differenz zwischen ge- und verkauften Waren zu bezahlen. Dies erfolge durch den Verkauf von amerikanischen Wertpapieren oder Realkapitalien. Somit müssten internationale Investoren jährlich weitere Wertpapiere im Wert von

1 000 Mrd. US-Dollar absorbieren, was ihren Anteil innerhalb der Portfolios erhöhe und langfristig die Bereitschaft für die Aufnahme weiterer amerikanischer Titel in die Portfolios schrumpfen lasse.

Der Euro wiederum werde von der zunehmenden Haltung als Reservewährung profitieren, da er nicht nur in die Fußstapfen der D-Mark trete, sondern durch seine höhere Popularität jene in dieser Funktion sogar deutlich übertraffe, wie am Bargeldumlauf innerhalb der Euroländer zu beobachten sei.

Konjunkturelle Lage in Europa und Deutschland

Anschließend ging Sinn näher auf die konjunkturelle Lage im europäischen Wirtschaftsraum insgesamt als auch im Speziellen in Deutschland ein. Im Vergleich zu den USA hänge die Konjunktur in Europa meist ein Jahr hinterher, was sich auch unmittelbar in der Beurteilung der aktuellen Lage und den Erwartungen der WES-Experten für die Europäische Union (15) widerspiegelt. Nachdem sich die Erwartungen bereits seit Mitte 2005 wesentlich verbesserten, stieg auch der Index zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage seit Ende 2005 nun zum vierten Mal in Folge kräftig an und bewegt sich am aktuellen Rand deutlich im positiven Bereich. Anders als in den USA war im dritten Quartal 2006 hier noch kein vergleichbar starker Einbruch bei den Erwartungen zu beobachten, so dass der Aufschwung entsprechend der einjährigen Zeitversetzung in Europa noch etwas anhalten dürfte. Die Prognose der Wirtschaftsinstitute (Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2006) für den Euroraum liegt bei 2,6% für 2006 und 2,1% für 2007.

Zur Beurteilung der konjunkturellen Lage in Deutschland nutzte Sinn zunächst die Statistik für die Auftragseingänge

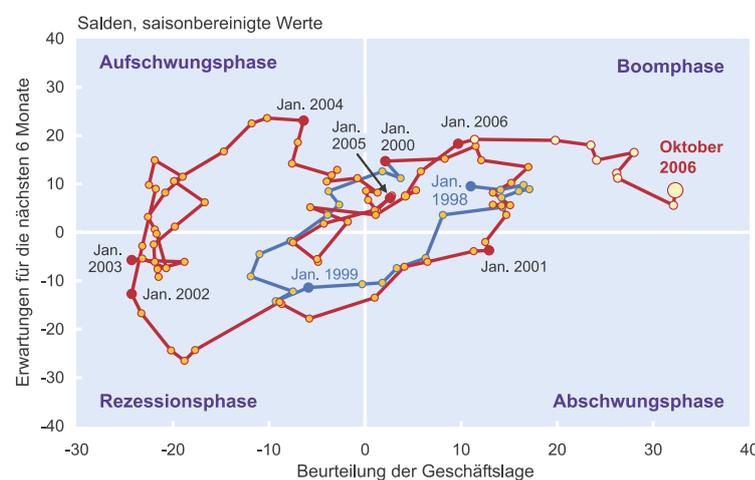
im verarbeitenden Gewerbe, die einen kräftigen Anstieg der Auftragseingänge aus dem Ausland in den vergangenen Jahren und insbesondere für 2005 und 2006 aufzeigt. Aber auch die Inlandsauftragseingänge legten 2006 merklich zu. Dennoch stelle nach wie vor die starke Nachfrage nach deutschen Produkten aus dem Ausland die Treibkraft für die deutsche Konjunktur dar. Anhand der ifo Konjunktur-Uhr für die Industrie (vgl. Abb. 2), die den Zusammenhang zwischen der Lagebeurteilung und den Erwartungen der im Rahmen des ifo Konjunkturtests Deutschland befragten Unternehmen veranschaulicht, erläuterte Sinn die konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre bis zum aktuellen Rand. Nach einer Erwartungsblase im Jahr 2002 schien der Index zu Beginn 2003 zunächst orientierungslos, zeigte jedoch in der zweiten Jahreshälfte deutlich, dass die Konjunktur sich tatsächlich verbessert. Diese Verbesserung setzte sich bis Januar 2005 fort. Zu Beginn 2005 kam es zu einer Irritationsphase, in der der Index abstürzte und sowohl die Lage- als auch Perspektivenbeurteilung nach unten gingen. Jedoch war bereits schon in der zweiten Jahreshälfte 2005 eine deutliche Verbesserung zu konstatieren. In diesem Jahr könnte es gar nicht besser sein. Die Lagebeurteilung verbesserte sich kontinuierlich, und die Erwartungen haben sich auf hohem Niveau stabilisiert. Dies bestätigte, so Sinn, die Auffassung des ifo Instituts, dass der konjunkturelle Boom mehr Kraft habe, als im Allgemeinen vermutet werde.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sah Sinn kritisch. Der Staat erlange den Bürgern mehr Steuern ab und verausgabe diese dann selbst. Das bedeute, dass eine Fehlstrukturierung des gesamtwirtschaftlichen Konsums im Hinblick auf den privaten und den Staatskonsum existiere und es somit zu weiteren Fehlanreizen auch auf anderen Märkten kommen werde. Auch wenn die geplante Sozialabgaben-

senkung der Mehrwertsteuererhöhung zum Teil entgegen wirke, werde sich der Preis, den ein Verbraucher für Arbeitsleistung zahlen muss, unter dem Strich erhöhen, was wiederum zu Ausweicheffekten führen werde. Da der Staat jedoch auch als Nachfrager auf den Märkten aktiv sei, werde zwar eine Umverteilung von privatem zu staatlichem Konsum die Folge sein, die Gesamtnachfrage werde jedoch nicht in dem Maße reduziert, wie zum Teil befürchtet werde. Daher sei das ifo Institut für das kommende Jahr weiter optimistisch. Die Mehrwertsteuer werde sich zum Teil in einer Erhöhung der Preise niederschlagen, die jedoch bei einer geschätzten Inflationsrate von 2,3% für 2007 relativ mäßig ausfallen werde.

Spürbar positive Impulse beim Bruttoinlandsprodukt kamen im Jahr 2006 neben den weiterhin boomenden Exporten (Prognose für 2006: + 10%) erstmals wieder von den Bruttoanlageinvestitionen, die geschätzte 3,9% im Vergleich zum Vorjahr zulegen werden. Sinn betonte, dass gerade die Nachfrage nach Investitionsgütern neben dem außenwirtschaftlichen Geschehen den Konjunkturverlauf prägen, da diese – von Erwartungen getrieben – sehr volatil seien. Dennoch bilde Deutschland im internationalen Vergleich der Nettoinvestitionsquoten mit allen entwickelten Ländern mit 2,6% in 2005 zusammen mit Japan noch immer nur das Schlusslicht, obwohl sich die gesamtwirtschaftliche Ersparnis im selben Jahr mit einem Volumen von 145 Mrd. € auf einem hohen Niveau befände. So betrügen die Nettoinvestitionen in Deutschland lediglich 50 Mrd. €, wohingegen mit 95 Mrd. € fast das Doppelte ins Ausland geflossen sei. Dabei seien es im Wesentlichen Fremdkapitalströme und weniger Direktinvestitionen bzw. Eigenkapitalströme, welche zu dieser Kapitalabwanderung führten, wobei die negativen Auswirkungen für den deutschen Arbeitsmarkt unabhängig von der Zusammensetzung der Ströme sind.

Abb. 2
ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

Das Rätsel, wie Deutschland derzeit Vize-Weltmeister im Export und Vize-Schlusslicht beim Wachstum zugleich sein kann, erklärte Sinn wie folgt: Die Deutschen seien sich gegenseitig zu teuer, als dass sie bereit seien, sich die Leistungen gegenseitig abzukaufen. Dieses Phänomen sei auf den künstlichen Eingriff in die Lohnstrukturen, der in Deutschland unter dem Einfluss der Gewerkschaften stattgefunden habe, und auf die Lohnersatzleistungen zurückzuführen und auch als Überspezialisierung zu verstehen. Durch die Beteiligung der asiatischen Länder am Welthandel werde die deutsche Wirtschaft gezwungen, arbeitsintensive Sektoren aufzugeben und sich auf die Hightech- und kapitalintensiven Sektoren zu spezialisieren. Dies stelle zwar eine Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung dar, ziehe

jedoch als Konsequenz Arbeitslosigkeit nach sich, da nicht alle freigewordenen Arbeitskräfte von den kapital- und humankapitalintensiven Sektoren in Deutschland absorbiert werden könnten. Eine funktionierende Marktwirtschaft würde dann auf die entstandene Arbeitslosigkeit mit Lohnsenkungen reagieren, wodurch alle Sektoren wieder weniger kapitalintensiv produzieren und nicht alle arbeitsintensiven Sektoren in Deutschland gänzlich verschwinden würden. Diese Feinsteuerung würde dann den Strukturwandel abbremsen. Da dieser Mechanismus in Deutschland durch künstlich stabil gehaltene Löhne blockiert sei, kam es hier zu einer erdruhtartigen Bewegung auf dem Arbeitsmarkt und einer Überspezialisierung auf Hightechbereiche. Auch in vertikaler Hinsicht führte diese Überspezialisierung zu einer Reduzierung der Fertigungstiefe, was Sinn auch als übermäßigen Basar-Effekt beschrieb.

Arbeitsmarkt

Im letzten Teil seiner Präsentation widmete sich Sinn dem deutschen Arbeitsmarkt. Auch wenn sich derzeit auf dem Arbeitsmarkt mit prognostizierten 4,5 Mill. Arbeitslosen im Mittelwert für 2006 und 4,3 Mill. in 2007 eine leichte Entspannung breit machte, sah Sinn noch keinen Anhaltspunkt für eine Trendwende, sondern eher eine Fortsetzung einer seit drei Jahrzehnten intakten zyklischen Bewegung auf dem Arbeitsmarkt.

*Zusammenfassung von
Gernot Nerb*

Dialog zwischen Politik und Wirtschaft – Podiumsdiskussion zum Thema »Wie viel Industrie und wie viel Dienstleistung braucht Deutschland?«

Podiumsteilnehmer waren der bayerische Staatsminister Erwin Huber, Prof. Dr. Hagen Krämer von der Hochschule Karlsruhe, Eugen Münch, Aufsichtsratsvorsitzender Rhön-Klinikum AG, Prof. Dr. Josef Nassauer, Geschäftsführer der Bayern Innovativ GmbH, und Prof. Dr. Stauss von der Universität Eichstätt-Ingolstadt. Moderiert wurde die Podiumsdiskussion von Dr. Gernot Nerb, dem Leiter des Bereichs Branchenforschung am ifo Institut.

Anlass für das Thema der Podiumsdiskussion war die Erfahrung, dass seit Jahren die Zahl der Industriebeschäftigten sinkt, während im Dienstleistungssektor zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Kommt es zu einer Deindustrialisierung in Deutschland? Nähern wir uns langfristig amerikanischen Verhältnissen, wo der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt nur 12% beträgt, während wir in Deutschland bei dieser Kennzahl immer noch leicht über 20% liegen? Welche Bedeutung haben Dienstleistungen für das wirtschaftliche Wachstum? Es gibt Untersuchungen, wonach die Differenz zwischen dem höheren Wachstum der Arbeitsproduktivität in den neunziger Jahren in den USA und dem niedrigeren in Europa zu 85% auf die unterschiedliche Produktivitätsentwicklung im Dienstleistungssektor zurückzuführen ist.¹ Ein weiteres Thema der Podiumsdiskussion war die Frage, ob und wie der Gesundheitssektor zu einem Wachstumspol in Deutschland werden kann.

¹ Vgl. B. Felderer, »Europe, USA and the Role of Service Industries«, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 53 Jg., Nr. 3/2006, 353–368.



ifo Branchen-Dialog: Podium

Übereinstimmung bestand unter den Teilnehmern der Podiumsdiskussion dahingehend, dass Industrie und Dienstleistungen nicht substitutiv, sondern komplementär sind. Nahezu alle aktuellen Untersuchungen belegen nämlich eindeutig, dass von der Industrie starke Sogwirkungen auf Dienstleistungen ausgehen, während umgekehrt die Rückwirkungen vom Dienstleistungssektor auf die Industrie wesentlich geringer sind. Hieraus folgt, dass es wirtschaftspolitisch keinen Sinn macht, die beiden Sektoren in der Förderung gegeneinander auszuspielen, sondern generell die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein stärkeres Wachstum möglich ist. Hierdurch würden Industrie und Dienstleistungen gleichermaßen begünstigt. Eventuelle Anteilsverschiebungen in einem solchen dynamischeren gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess sind dabei sekundär.

Generell wurde festgestellt, dass innerhalb der Industrie die Dienstleistungskomponenten tendenziell zunehmen (z.B. produktbegleitende Dienstleistungen als wichtiges Differenzierungsmerkmal im Wettbewerb und als Instrument, dem weithin beklagten Margenverfall in vielen Industriebranchen entgegenzuwirken), während umgekehrt auch im Dienstleistungssektor zunehmend Tendenzen zu erkennen sind, die wir vornehmlich aus der Industrie kennen, wie Standardisierung, Optimierung des Prozessablaufs, Rationalisierung etc. Gerade im Gesundheitssektor ist nach Ansicht von Eugen Münch eine solche »Industrialisierungstendenz« nötig, um die Kosten in den Griff zu bekommen und damit die enorme Nachfrage nach Gesundheitsleistungen zu erschwinglichen Preisen befriedigen zu können. Anderenfalls droht die Gefahr einer Hochleistungsmedizin, die sich nur wenige leisten können.

Stellvertretend für die intensive Podiumsdiskussion sollen in Thesenform einige der vorgetragenen Statements vorgestellt werden:

Prof. Dr. Hagen Krämer, Hochschule Karlsruhe

Thesen zur Dienstleistungsentwicklung in Deutschland

Zwischen Dienstleistungen und Industrie besteht kein substitutives, sondern ein komplementäres Verhältnis.

Dienstleistungen sind lange mit Dienstleistungen für Haushalte gleichgesetzt worden. Wie man internationalen Statistiken entnehmen kann, sind es aber fast überall die unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die in der Vergangenheit ein besonders starkes und überproportionales Wachstum aufwiesen und inzwischen einen relevan-

ten Anteil an der gesamten Dienstleistungsproduktion ausmachen. Selbstverständlich werden unternehmensbezogene Dienstleistungen auch innerhalb des Dienstleistungssektors geliefert und nachgefragt. Ein nicht unerheblicher Teil sind aber Dienstleistungen, die an die Industrie fließen. Das aber heißt: Geht es der Industrie schlecht, so geht es auch dem Teil des Dienstleistungssektors schlecht, der wesentlich auf die Nachfrage seiner Leistungen durch die Industrie angewiesen ist. Während üblicherweise auf eine substitutive Beziehung zwischen industriellen Produkten und Dienstleistungen hingewiesen wird, existiert tatsächlich ein komplementäres Verhältnis: Ein Rückgang der inländischen industriellen Wertschöpfung wird auch zu einem Rückgang der Wertschöpfung des zuliefernden Dienstleistungsbereichs führen. Auch innerhalb der Industrie schreitet die Tertiarisierung stetig voran: Erheblich an Bedeutung zugenommen haben die von der herkömmlich gegliederten Statistik nicht erfassten »produktbegleitenden Dienstleistungen«, die für die deutsche Industrie auch auf den internationalen Märkten eine nicht unerhebliche Absatz unterstützende Funktion haben.²

Unternehmensbezogene Dienstleistungen werden weiterhin der am dynamischsten wachsende Wirtschaftszweig bleiben.

Die Bedeutung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen wird weiter zunehmen, weil Industrieunternehmen vormals selbst erstellte Dienstleistungen aus den eigenen Unternehmen in rechtlich selbständige Dienstleistungsunternehmen auslagern und diese Leistungen nun verstärkt von (diesen) externen Dienstleistungsunternehmen nachfragen. Die Absicht dieser als *Outsourcing* bezeichneten Strategie der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes besteht darin, sich auf ihre Kernkompetenzen der industriellen Leistungserstellung zu konzentrieren und Spezialisierungs- sowie Größenvorteile von Dienstleistungsanbietern zu nutzen.³ Es können aber auch tarifliche Vereinbarungen oder Mitbestimmungsregelungen sein, die Unternehmen veranlassen, bestimmte Dienstleistungen von außen zu beziehen, anstatt sie selbst zu erzeugen. Weiterhin werden Veränderungen auf den Märkten – vor allem eine zunehmend differenzierte Nachfrage sowie eine Verkürzung der Produktlebenszyklen – die Industrieunternehmen veranlassen, vermehrt Dienstleistungen als Vorprodukte einzusetzen, um innovative Produkte anzubieten. Und außerdem werden technologische Trends – insbesondere die verstärkte Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien – in Verbindung mit der zunehmenden Globalisierung eine stärkere Nachfra-

² Vgl. Statistisches Bundesamt, *Produktbegleitende Dienstleistungen 2002 bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors*, Wiesbaden 2004.

³ Vgl. H. Klodt, R. Maurer und A. Schimmelpfennig, *Tertiarisierung in der deutschen Wirtschaft*, Kieler Studien, Nr. 283, Institut für Weltwirtschaft, Tübingen 1997.

ge nach EDV-Diensten, Schulung, Unternehmens- und Rechtsberatung sowie Telekommunikationsleistungen nach sich ziehen.⁴

In der deutschen Volkswirtschaft hat sich in den neunziger Jahren keine nachhaltige »Deindustrialisierung« vollzogen.

Aufgrund der starken Interdependenzen zwischen dem Dienstleistungssektor und dem Produzierenden Gewerbe ist eine Analyse der Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor ohne eine gründliche Untersuchung seiner vielschichtigen Beziehungen mit der Industrie wenig aussagekräftig. Die Verflechtungsbeziehungen zwischen den beiden Sektoren sind intensiv und haben sich in den letzten Jahren dynamisch verstärkt. Während der Anteil der Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung stetig zurückgegangen ist, haben empirische Untersuchungen auf Basis von Input-Output-Tabellen gezeigt, dass in den neunziger Jahren der *gemeinsame* Wertschöpfungsanteil von Industrie und den damit verbundenen unternehmensbezogenen Dienstleistern mit rund 39% praktisch konstant geblieben ist.⁵ Die weit verbreitete Ansicht einer tief greifenden »Deindustrialisierung« der deutschen Volkswirtschaft ist damit stark in Frage gestellt.

Deutschland hat im internationalen Vergleich einen geringeren Dienstleistungsanteil an der Bruttowertschöpfung – dies sollte nicht als »Dienstleistungslücke«, sondern als Ausdruck der komparativen Vorteile der Industrie in Deutschland angesehen werden.

Die vieldiskutierte Dienstleistungslücke hat manchen in der Auffassung bestärkt, dass eine erfolgreichere Beschäftigungspolitik darin zu bestehen habe, diese Lücke zu schließen, indem eine spezielle Förderung des Dienstleistungsbereichs erfolgt.⁶ Eine Wirtschaft wie die der Bundesrepublik, die ihre komparativen Vorteile bei hochwertigen und hoch spezialisierten Industriegütern hat, muss aber nicht das gleiche Muster aufweisen wie eine ähnlich weit entwickelte Ökonomie mit einem anderen Spezialisierungsmuster. Schematische Übernahmen anderswo vorzufindender Strukturen sind keine ernsthafte Option für eine erfolgreiche Entwicklung einer Ökonomie. Die deutsche Wirtschaft

hat eine in weiten Teilen starke und international erfolgreiche Industrie. Dieser komparative Vorteil sollte erhalten werden. Das ist teilweise schon in der Vergangenheit dadurch geschehen, dass man sich als besonders problemlösungskompetent gezeigt hat. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Industrie und Dienstleistungsbereich (insbesondere auch bei F&E) könnte das weiter befördern. Anstatt einseitig auf eine Industrie- oder Dienstleistungsoffensive zu setzen, sollte man erkennen, dass die Problemlösungskompetenz weiter entwickelt werden muss – und damit das Zusammenspiel von industrieller Produktion und Dienstleistungserstellung.

Der Anteil der nicht-handelbaren (und damit »geschützten«) Dienstleistungen nimmt ab.

Häufig wird davon ausgegangen, dass eine produktive Beschäftigung von Geringqualifizierten nur im Niedriglohnbereich möglich ist und dass diese Tätigkeiten vorwiegend im Dienstleistungsbereich angesiedelt sind. Denn im Produzierenden Gewerbe stehen Geringqualifizierte aufgrund des hohen Anteils an handelbaren Gütern in direkter Konkurrenz mit Beschäftigten aus Niedriglohnländern, während Dienstleistungen aufgrund ihrer speziellen Charakteristika vorwiegend nicht-handelbare Güter darstellen. Heutzutage kann aber nicht ohne weiteres angenommen werden, dass die Dienstleistungserstellung und -konsumtion immer zu gleicher Zeit am gleichen Ort stattfinden müssen und Dienstleistungen daher weitgehend vor internationaler Konkurrenz geschützt sind. Während dieses uno-actu-Prinzip bei den »klassischen« Dienstleistungen (z.B. Friseur) noch weitgehend gilt, ist es dank des technischen Fortschritts bei den Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend möglich, die Erbringung und die Nutzung von Dienstleistungen zeitlich und räumlich zu entkoppeln. Auf diese Weise sind immer mehr – vor allem informationsbasierte – Dienstleistungen einer überregionalen (und internationalen) Konkurrenz ausgesetzt. Die Entwicklung des »Offshoring« von Dienstleistungen aus den USA heraus in Länder wie Indien und China verdeutlicht diesen Trend.

Prof. Dr. Bernd Stauss, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Antworten zu Fragen in der Podiumsdiskussion

Die Schwierigkeiten bei Siemens Business Services (SBS) zeigen, dass eine stärkere Betonung des Servicegedankens in der Geschäftsphilosophie kein Allheilmittel für ein dynamisches Wachstum ist. Sollten sich Firmen in Deutschland nicht vielmehr auf ihre technologische Kompetenz in der Pro-

⁴ Vgl. H. Krämer, *Dienstleistungen: Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland?*, Schriftenreihe des Promotionsschwerpunkts Makroökonomische Diagnosen und Therapien der Arbeitslosigkeit, Nr. 5, Stuttgart-Hohenheim 1999.

⁵ Vgl. P. Kalmbach, R. Franke, K. Knottenbauer und H. Krämer, *Die Interdependenz von Industrie und Dienstleistungen – Zur Dynamik eines komplexen Beziehungsgeflechts*, Berlin 2005.

⁶ Vgl. F. Stille, B. Preissl und J., Schupp, *Zur Dienstleistungslücke, Dienstleistungsmuster im internationalen Vergleich*, DIW-Sonderheft 175, Berlin 2003.

duktion konzentrieren und sich nicht durch Dienstleistungen von ihrem Kerngeschäft abhalten lassen?

Allheilmittel für ein dynamisches Wachstum gibt es grundsätzlich nicht. Zudem besteht für Industrieunternehmen nicht die Alternative darin, sich entweder auf die technologische Kernkompetenz oder aber auf Dienstleistungen zu konzentrieren. Im Gegenteil: In der Regel werden Unternehmen ihre technologische Kompetenz nur behalten können, wenn sie ihre Produkte mit innovativen Dienstleistungsangeboten verknüpfen.

In den letzten Jahren hat die ökonomische Bedeutung von Dienstleistungen in der Industrie stark zugenommen. Zunächst waren es eher einfache, produktorientierte Serviceleistungen, die – wie die Montage – die Nutzung des Produkts ermöglichen. Diese wurden mehr und mehr durch Instandhaltungsdienstleistungen (wie das Ersatzteilgeschäft) ergänzt. Inzwischen geht der Trend schon lange über rein Produkt begleitende Dienstleistungen hinaus. Viele industrielle Kunden verlangen weit mehr, etwa Finanzierungsangebote, individuelle Problemlösungen oder aber den Betrieb von Anlagen im Rahmen langfristiger Geschäftsbeziehungen.

Bei einer weiteren Zunahme des internationalen Wettbewerbs und des damit verbundenen Preisdrucks werden sich deutsche Industrieunternehmen daher nur durch eine Kombination von technologisch fortschrittlichsten Produkten mit kundenindividuellen Servicekomponenten durchsetzen. Zu fordern ist somit eine systematische Verbindung von technologischer Kompetenz einerseits sowie Service- und Beziehungskompetenz andererseits. Problematisch und wenig Erfolg versprechend dagegen ist es, wenn Industrieunternehmen versuchen, Einbußen im Produktgeschäft durch das Angebot von Dienstleistungen zu kompensieren, für die sie nicht über ausreichend spezifische Kompetenzen verfügen.

Kann die viel beschworene Clusterpolitik helfen, die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistung abzubauen und insgesamt zu mehr Wachstum in Deutschland führen?

Grundsätzlich ist die Bildung und Unterstützung branchenspezifischer Cluster ein sehr plausibles Konzept. Demgegenüber wäre es abwegig, einen branchenübergreifenden »Dienstleistungscluster« zu fordern. Angesichts der Heterogenität dieses Sektors ist kein Clustereffekt zu erwarten.

Relevant ist es aber, dass in den gebildeten industriellen und forschungsintensiven Clustern professionelle Dienstleister sehr früh in die Entwicklungsüberlegungen einbezogen werden. Durch die Einrichtung kooperativer Entwicklungsnetzwerke kann sichergestellt werden, dass nicht nur Produkt-

chancen frühzeitig erkannt werden, sondern auch die parallele Entwicklung innovativer Dienstleistungsangebote erfolgen kann. Der Abstand zwischen industriellem und dienstleistungs- und kundenbezogenem Denken muss auf verschiedenen Wegen reduziert werden. Das ist ein Ansatz.

Die relativ schlechte Performance beim Dienstleistungsexport Deutschlands – ganz anders als beim Güterexport, in dem Deutschland Weltmeister ist –, hängt in erster Linie mit den hohen Arbeitskosten und der mangelnden Servicementalität in Deutschland zusammen.

Dem ersten Teil der These ist nicht zuzustimmen. Erstens resultiert ein Großteil unseres Dienstleistungsdefizits aus der Tatsache, dass wir als Reiselweltmeister in so hohem Maße Reisedienstleistungen importieren, was kaum mit den Arbeitskosten in Verbindung zu bringen ist. Zum Zweiten hindern die höheren Arbeitskosten in der Industrie auch nicht die Exportfähigkeit deutscher Produkte. Insofern ist es fraglich, warum bei Dienstleistungen diesbezüglich eine spezifische Situation vorliegen soll. Zum Dritten sehen wir gerade in letzter Zeit eine erstaunliche Trendumkehr und eine Verringerung des Defizits. Inzwischen gibt es bereits wieder positive Salden bei Finanzdienstleistungen (im Jahr 2005: über 1 Mrd. €) sowie bei Patenten und Lizenzen (im Jahr 2005: 825 Mill. €). Die bis in die jüngste Zeit immer wiederholte Klage, dass wir in Bezug auf technologische Dienstleistungen zurückfallen, stimmt daher so nicht mehr. Es ist somit auch fraglich, ob wir hier überhaupt von einer schlechten Performance sprechen können.

Der zweite in der These angesprochene Aspekt – die mangelnde Servicementalität – ist relevant, auch wenn man den Einfluss auf die Exportsituation nicht abschätzen kann. Es handelt sich hier um einen zwar häufig angesprochenen, aber weiterhin unterschätzten Sachverhalt. Nicht nur in Bezug auf Endkunden, sondern auch im internationalen B-to-B-Geschäft kommt es nicht nur auf die technologische Qualität der Produkte an, sondern auch auf Serviceorientierung und die Qualität der Interaktion. Studien zur Kundenzufriedenheit zeigen, dass wir hier immer noch einen Nachholbedarf haben. Dementsprechend müssen wir uns sehr viel mehr mit Fragen der Interaktionsqualität, den Erwartungen und Problemen von Kunden und den daraus resultierenden Anforderungen an Mitarbeiter befassen. Dies ist auch eine notwendige Aufgabe des Bildungssystems, einschließlich der Hochschulausbildung.

Diese Notwendigkeit wird umso dringlicher, je mehr Industrie- und Dienstleistungswirtschaft miteinander verzahnt werden. Wir erleben ja nicht nur eine Industrialisierung von Dienstleistungen, sondern auch eine Tertiarisierung der Industrie. Wenn man neben den Produkten auch Dienstleistungen und kundenindividuelle Problemlösungen erfolgreich anbieten will, darf man sich nicht allein für die Sachgüter in-

teressieren; dieses muss durch ein ebenso ernst gemeintes Interesse am Kunden und der Interaktion mit ihm begleitet werden.

In vielen Dienstleistungssparten, wie z.B. Finanzdienstleistungen, Consulting, Werbung, Wirtschaftsprüfung, sind die deutschen Firmen häufig zu klein, um international wettbewerbsfähig zu sein. Ohne eine stärkere Firmenkonzentration werden deutsche Unternehmen kaum Chancen gegen die Konkurrenz, insbesondere aus den USA und Großbritannien, haben.

Die Beobachtung ist zutreffend, dass deutsche Unternehmen nur in wenigen Dienstleistungsbranchen (wie in der Versicherungswirtschaft) international wettbewerbsfähige Unternehmensgrößen aufweisen, während dies in wichtigen Wachstumsfeldern nicht der Fall ist – etwa im Bankbereich oder bei den Professional Services wie Rechtsanwaltskanzleien oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Allerdings gibt es kaum wirtschaftspolitische Einwirkungsmöglichkeiten, um diesen Sachverhalt nachdrücklich zu verändern.

Möglicherweise ist es auch nicht von primärer Bedeutung, ob weltweit agierende Dienstleistungsunternehmen im Eigentum deutscher Kapitaleigner sind. Wichtiger erscheint es, dass die deutschen – gerade auch mittelständischen – Unternehmen auf ihrem weiteren Weg zur globalen Wirtschaftstätigkeit in Deutschland die erforderliche kompetente Unterstützung durch Finanzdienstleister und professionelle Dienstleister erhalten. Dies verlangt von den Dienstleistern verstärkte Investitionen in entsprechendes Know-how und die Bildung internationaler Netzwerke.

Die deutschen Universitäten ziehen nicht annähernd in dem Maß wie die USA und Großbritannien zahlende ausländische Studenten an. Dies liegt nicht nur an dem unzureichenden Angebot an englischsprachigen Veranstaltungen, sondern auch an dem international nicht genügend attraktiven Niveau der Lehre.

Die Mobilität von Studierenden hat weltweit seit Jahren hohe Steigerungsraten, und für Länder wie die USA, aber auch Australien, gehört der akademische Bildungsmarkt zu den wichtigen Dienstleistungsbranchen. Auch Deutschland stellt als Gastland in beträchtlichem Umfang Studienplätze für ausländische Studierende zur Verfügung (2003: 227 000), wobei die Zahl der Studierenden aus osteuropäischen Ländern sowie aus China die größten Zuwachsraten aufweisen.

In Deutschland steigt die Attraktivität des Studienstandorts Deutschland mit den Reformen zur Veränderung der Studienstruktur, d.h. der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Allerdings gilt diese Attraktivitätssteigerung in dem von mir vertretenen Fach der Betriebswirtschaftsleh-

re nicht automatisch mit der Übernahme internationaler Titel. Man muss noch stärker zur Kenntnis nehmen, dass sich die Vergleichbarkeit der Ausbildung erhöht und somit auch hier ein internationaler Wettbewerb um die besten Köpfe einsetzt. Die deutschen betriebswirtschaftlichen Fakultäten werden nur dann Studierende in beachtlichem Umfang aus dem Ausland und die besten deutschen Schulabsolventen rekrutieren können, wenn sie konsequent die internationalen Standards in Lehre, Forschung und Studentbetreuung beachten und sich bemühen, diese zu übertreffen. Wer international bestehen will, muss zumindest in den Wirtschaftswissenschaften, den Anteil englischsprachiger Veranstaltungen massiv erhöhen, Partnerschaften mit international hochrangigen Hochschulen eingehen, moderne und stärker individualisierte Lehrformen einsetzen und sich dem Urteil international anerkannter Zertifizierungsverfahren stellen.

An deutschen Universitäten wird viel über nicht ausreichende Finanzmittel geklagt, und zur Verbesserung der Lehrsituation bedarf es zweifellos zusätzlicher Mittel. Doch die Vergabe zusätzlicher Mittel sollte streng daran gebunden sein, dass Universitäten und Fakultäten nachweislich begreifen, dass sie Dienstleistungsorganisationen sind, ein professionelles Dienstleistungsmanagement einführen und sich dabei erfolgreich an internationalen »best practices« orientieren.

In Deutschland gibt es eine »Dienstleistungslücke«. Stimmen Sie zu? Wenn ja, sollte der Staat versuchen, Maßnahmen zu einem dynamischeren Dienstleistungswachstum zu ergreifen und wenn ja, welche Maßnahmen?

Zunächst einmal halte ich das Problem der »Dienstleistungslücke« für nicht so gravierend. Zum einen liegt der Dienstleistungssektor in Deutschland in etwa auf dem Niveau vergleichbarer anderer europäischer Länder. Zudem hat sich das Wachstum dieses Sektors bei uns im letzten Jahr stärker entwickelt. Dass einige Länder wenige Prozentpunkte mehr aufweisen, ist nicht zu bestreiten, aber schwer eindeutig zu interpretieren. Zu den Vorreitern gehören sowohl die wirtschaftlich fortschrittlichsten Länder (wie die USA), aber auch Länder, die kaum über Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie verfügen und deren dominierender Dienstleistungssektor weitgehend aus Einzelhandel und Gastronomie besteht.

Im Vergleich zu den USA haben wir seit Jahren die kontroverse Diskussion darüber, ob sich in den unterschiedlichen Prozentsätzen des Dienstleistungssektors nicht primär die verschiedenen Grade des Outsourcing widerspiegeln. Denn mit jedem Outsourcing ehemals interner Dienstleistungen steigt der Prozentsatz des Dienstleistungssektors und sinkt der des industriellen Sektors, ohne dass sich an den Tätigkeiten irgendetwas geändert haben muss. In diesem Kon-

text steht auch die These, dass die immer wieder festgestellte Dienstleistungslücke eine Folge von Stärken im industriellen Bereich darstellt.

Angesichts dieser Situation möchte ich eine generelle Forderung nach staatlicher Unterstützung des gesamten Dienstleistungssektors nicht unterstützen. Es kommt viel mehr darauf an, einerseits die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit insgesamt zu verbessern und allenfalls punktuelle Förderungen spezifischer Branchen mit besonderem Wachstumspotential vorzusehen.

Eugen Münch, Aufsichtsratsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG

Thesen zum Gesundheitsmarkt

Egal, von wem welche Reformversuche noch unternommen werden – der deutsche Gesundheitsmarkt ist und bleibt ein Wachstumsmarkt. Die Gründe hierfür sind bekannt: Die wachstumsankurbelnde Nachfrage resultiert vorrangig aus der demographischen Entwicklung, dem medizinischen Fortschritt und dem veränderten Nachfragerverhalten.

Die Erstellung der Gesundheitsdienstleistungen erfolgt derzeit immer noch überwiegend in nicht-rationellen und/oder Manufakturen-ähnlichen Gebilden. Im öffentlich-rechtlichen Anbieterkreis ist darüber hinaus ein immenser Investitionsstau vorhanden, der die Anpassung an moderne Strukturen und die Optimierung von Prozessen verhindert. Bei leeren Kassen der öffentlichen Hand und gekürzten Budgets wird es deshalb zu einem Nachfragerstau und/oder einer bürokratisch verwalteten Mangelwirtschaft mit der Entstehung von grauen und schwarzen Märkten kommen.

Die privaten Anbieter werden ihre Chance zum Wachstum nutzen. Dies wird jedoch kein organisches Wachstum sein, sondern es wird ein »Übernahme- und Verdrängungswachstum« sein. Die steigenden Mengenleistungen führen zwar zu Kostendegressionen, allerdings sinken bei steigenden Bürokratiebelastungen und unveränderten Herstellungsverfahren die Margen tendenziell gegen null. Deshalb werden die privaten Anbieter gezwungen sein, sowohl neue Unternehmen als auch neue Versorgungsformen zu konzipieren, da sie ansonsten im bestehenden System mit der zunehmenden Verwaltung von Unterversorgung ersticken oder in die Elitemedizin ausweichen müssten.

Um einer Teil- bzw. Unterversorgung der Bevölkerung (»schleichende Amerikanisierung des Systems«) entgegenzuwirken, muss folgende Frage geklärt werden: Wie muss ein System (Gesundheitsmarkt) aussehen, das Produktionsbedingungen schafft, die eine so hohe Rationalität haben,

dass das Produkt aus Herstellungskosten x Fallzahl (unter Berücksichtigung des Rationalisierungsfaktors) einen so niedrigen Vollversorgungspreis ergibt, dass dadurch für 80 bis 90% der Bevölkerung die gewünschte Versorgung sichergestellt ist und bei dem die geschaffene Produktivität Gewinnmargen (> 10%) ermöglicht, die zur Befriedigung (Verzinsung) des eingesetzten Kapitals und der permanenten Anpassung der Produktionsmittel (Investitionen) verwendet werden können.

Wenn es gelingt, die Kaufkraft der alternden Bevölkerung durch sozial induzierte Preise (Zuzahlung in Höhe fester am realen Fall orientierter Basissätze (DRGs) modifiziert durch Abstufung nach Leistungsfähigkeit) ins System zu bringen, dann könnte eine Phase des konsumtiv finanzierten und trotzdem sozial organisierten Wachstums beginnen. Der Alterskonsum wird den Jugendkonsum ersetzen und einen neuen Wachstumsboom auslösen.

Wenn zukünftig der sich sowohl veränderte als auch wachsende Bedarf bedient werden soll, müssen einerseits neue Strukturen geschaffen werden, die durch neu geregelte Arbeitsteiligkeit neue Prozessstrukturen (IT-gesteuerte Netzwerke) ermöglichen, die das bedürfnisgerechte Leistungswachstum bei hoher medizinischer Qualität ermöglichen. Die Schlüsselentwicklung für den beginnenden Gesundheits-Kontratieff wird die Taktung und Steuerung des Leistungserzeugungssystem durch eine Datenparallele des zu betreuenden Menschen sein, die ermöglicht, Behandlungspfade und Prozesse voraus zu planen und damit den Einsatz der Ressourcen entscheidend zu verbessern. Die Entwicklung eines kaufkraft-/konsumorientierten Finanzierungssystems wird die Basis für den Aufschwung. Die bestehende Umverteilungsfinanzierung des deutschen Gesundheitswesens sollte an die Konsumgewohnheiten der alternden Gesellschaft angepasst und sukzessive auf direkten Kaufkräfteeinsatz eingestellt werden. Die Techniken (IT-Voraussetzungen) sind heute bereits weitgehend vorhanden, strategische Konzepte privater Anbieter ebenso.

Das Problem der Vollversorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen stellt sich in allen reifen Industrienationen und – zwar mit einem time-lag – zunehmend auch in den »aufstrebenden« Ländern (z.B. China mit seiner Einkindpolitik). Gelingt es, das deutsche Gesundheitswesen auf rationelle Produktion und nachfrager-/kaufkraftadäquate Finanzierung umzustellen, würde dies völlig neue Technologien und Wirtschaftsbereiche erschließen und eine neue Exportfähigkeit hervorrufen – der Gesundheits-Kontratieff würde weltweit wirksam.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe

Weltweit starker Anstieg der Industrieproduktion – besonders ausgeprägt in Schwellenländern

Hans-Günther Vieweg

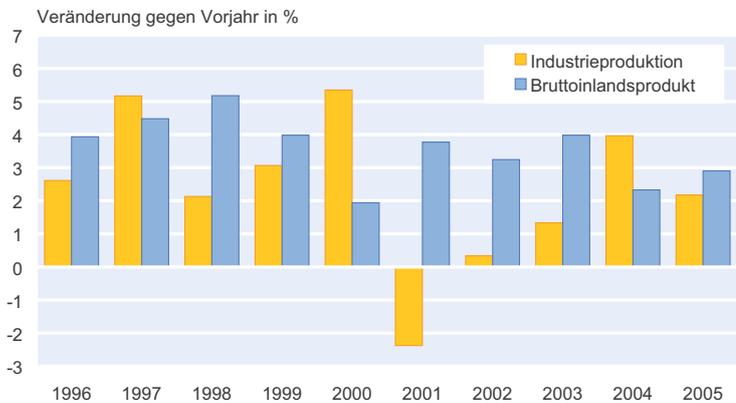
Die Weltwirtschaft hat seit Mitte der neunziger Jahre einen starken Aufschwung erlebt, der nur an der Wende zum neuen Jahrzehnt einen Einbruch aufgrund des Zusammenbruchs der »New-Economy-Bubble« erlitten hatte. Doch schon bald expandierte das Bruttoweltprodukt wieder beschleunigt. Neben der raschen Erholung der Wirtschaft in den Vereinigten Staaten trieb die Industrialisierung von Schwellenländern die Entwicklung an. Die Weltkonjunktur war robust und überstand den Irakkrieg und den dramatischen Anstieg der Rohstoffpreise ohne nennenswerte Rückschläge. Die Wirtschaft der Europäischen Union profitierte hiervon zwar durch einen außenwirtschaftlichen Nachfrageimpuls, die schwache Binnennachfrage dämpfte jedoch das gesamtwirtschaftliche Wachstum.

Die weltweite Industrieproduktion ist der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unter stärkeren Schwankungen gefolgt. Auffällige Unterschiede bestehen zwischen den reifen Industrienationen und den Schwellenländern, die nicht nur eine höhere Dynamik aufweisen, sondern auch einen Strukturwandel vorziehen. Während im Mittel der OECD-Länder die Industrieproduktion schwächer als das Bruttoinlandsprodukt expandierte, besteht für die Schwellenländer zumeist die umgekehrte Relation (vgl. Abb. 3 und 4).

Die Industrieproduktion in der Europäischen Gemeinschaft wuchs bis weit in das Jahr 2005 hinein verhalten, ...

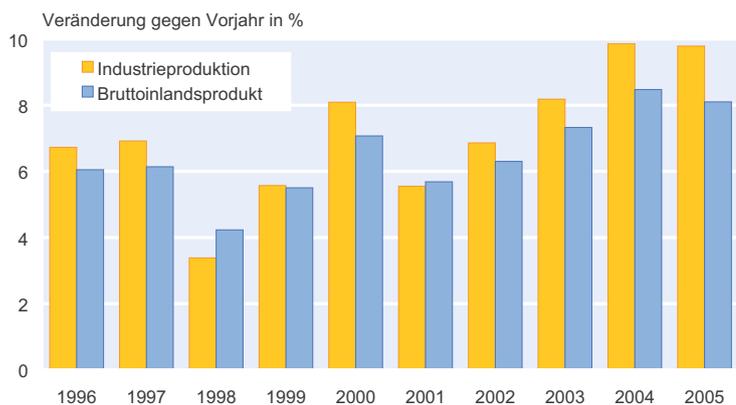
Die Industrieproduktion in Euroland kam in den Jahren 2001 bis 2003 kaum über eine Stagnation hinaus, obwohl die Auslandsnachfrage zu einem starken Anstieg der Exporte geführt hatte. Erst 2004 wurde die In-

Abb. 3
OECD-Länder



Quelle: OECD; Berechnungen des ifo Instituts.

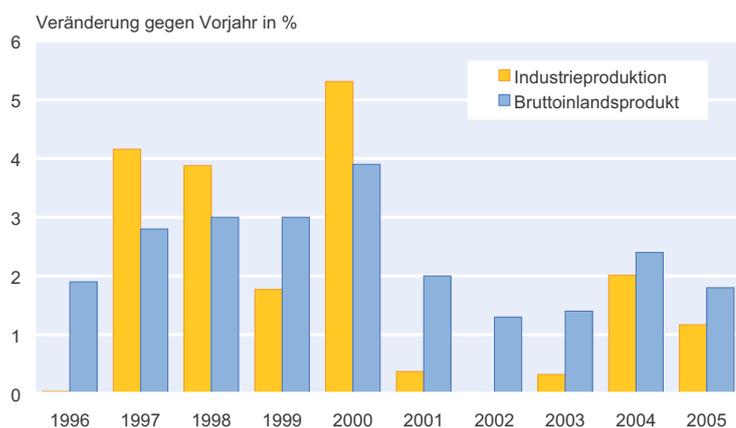
Abb. 4
BRIC-Länder^{a)}



^{a)} Brasilien, Russland, Indien und China.

Quelle: OECD; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 5
Euroland



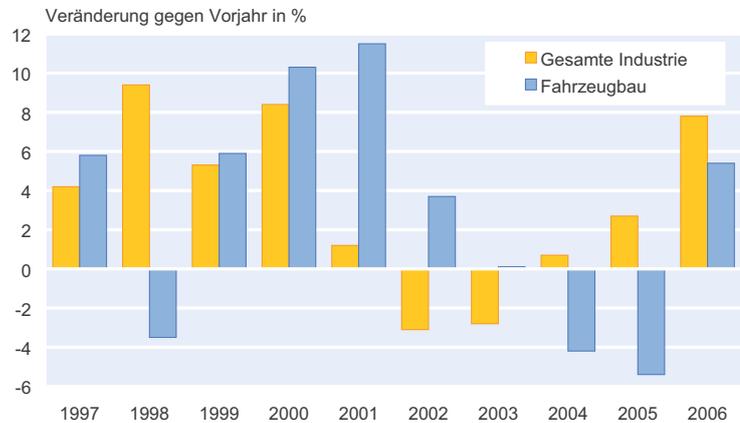
Quelle: Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

dustrieproduktion nennenswert ausgeweitet, erreichte aber immer noch nicht die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahresverlauf kam es abermals zu einer bis in das Jahr 2005 hineinreichenden Wachstumsverlangsamung. Erst zur Jahrmittle beschleunigte sich die konjunkturelle Dynamik. Der Aufschwung setzte sich bis in das Jahr 2006 hinein fort. Die konjunkturelle Erholung war diesmal nicht nur vom Ausland, sondern auch von der Binnennachfrage getrieben. Besonders ausgeprägt ist der Aufwärtstrend bei der Industrie, deren Produktion dieses und nächstes Jahr deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt zulegen wird (vgl. Abb. 5).

... und das schwache binnenwirtschaftliche Umfeld schlug sich in einer ausgeprägten Investitionszurückhaltung nieder

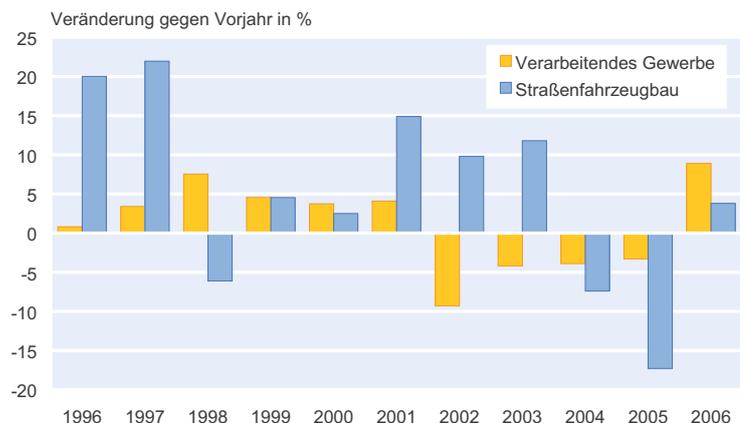
Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Investitionstätigkeit der Industrie, die seit dem Jahr 2000 gedämpft war. 2002 und 2003 wurden die Investitionsbudgets in der EU-15 sogar gekürzt. Die Investitionsbereitschaft hat sich im laufenden Jahr deutlich verbessert, und die Industrie wird 2006 gemäß einer Erhebung der Europäischen Gemeinschaft, an der sich auch das ifo Institut beteiligt, ihre Käufe von langlebigen Wirtschaftsgütern, Bauten, Maschinen und Ausrüstungen um etwa 8% ausweiten. Dieser Nachfrageschub kommt vor allem aus den Branchen, die schon seit Mitte der neunziger Jahre Investitionszurückhaltung übten. Einen ganz anderen Verlauf der Investitionstätigkeit weist der Fahrzeugbau auf. Nach einer zum Teil stürmischen Expansion in den Jahren bis 2002 ist aktuell ein kräftiger Rückgang, ausgehend von einem hohen Niveau, zu verzeichnen. Die Erhebungen für 2006 weisen auf einen verglichen mit der gesamten Industrie moderaten Anstieg bei den Investitionen des Fahrzeugbaus hin. Dieses Muster lässt sich sowohl für die Europäische Gemeinschaft als auch für Deutschland zeigen (vgl. Abb. 6 und 7). Anzumerken ist, dass die Investitionstätigkeit des Fahrzeugbaus weltweit eine vergleichbare Entwicklung der Dynamik im Zeitverlauf aufweist und gegenwärtig auch in anderen Regionen etwas zurückhaltender agiert wird.

Abb. 6
Industrieinvestitionen in der Europäischen Gemeinschaft (EU-15)



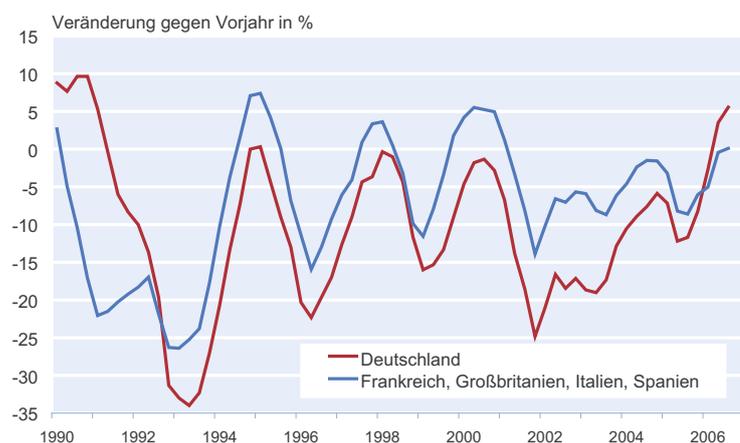
Quelle: Umfrage der DG ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 7
Industrieinvestitionen in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Investitionstest; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 8
Vertrauensindikator für die europäische Industrie



Quelle: DG ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Perspektiven für die Investitionstätigkeit in der Europäischen Gemeinschaft im Jahr 2007 sind gut. Argumente hierfür sind ein in den letzten Jahren deutlich angestiegener Ersatzbedarf bei einer Vielzahl von Industriebranchen, ein weiterer Anstieg der Industrieproduktion und damit einhergehend die Notwendigkeit, Kapazitäten auszuweiten. Diese Sichtweise wird durch die Ordertätigkeit des Werkzeugmaschinenbaus unterstrichen, der einer der wichtigsten Lieferanten für Maschinen und Ausrüstungen für die industrielle Produktion, namentlich der Metallindustrie, ist. Nahezu aus allen wichtigen europäischen Ländern melden die Werkzeugmaschinenbauer ein zweistelliges Ansteigen der Inlandsbestellungen.

Im Verlauf des zweiten Halbjahres 2005 verbesserten sich die Geschäftserwartungen der Industrieunternehmen grundlegend

Die Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung der Konjunktur signalisieren das erste Mal seit sechs Jahren eine fundierte Erholung. Die Auslastung der Kapazitäten ist in der EU-25 um 1,4 Punkte auf 83,1% im dritten Quartal 2006 angestiegen. In Deutschland war die Entwicklung mit einer Zunahme um 2,2 Punkte auf 86,4% noch stärker ausgeprägt. Auch die meisten anderen Indikatoren weisen für die deutsche Industrie auf eine stärker aufwärts gerichtete Entwicklung hin, insbesondere die Exporterwartungen.

Der aus verschiedenen Variablen zusammengesetzte Vertrauensindikator für die Industrie zeigt eine für Deutschland interessante Besonderheit auf. Zum letzten Mal lag das Industrievertrauen in Deutschland auf einem höheren Niveau als für die gesamte EU in dem Zeitraum nach der Wiedervereinigung bis zur Rezession 1992. Von da an war das Vertrauen in der deutschen Industrie kein einziges Mal besser. Erst in jüngster Zeit hat sich die Situation geändert. Besonders auffällig ist dies, wenn Deutschland mit seinem hohen Gewicht an der europäischen Industrie herausgenommen wird (vgl. Abb. 8).

Die weltweit expansive Investitionstätigkeit stimuliert die Industrie in Deutschland stärker als in den meisten anderen Mitgliedstaaten, ...

Ein Blick in die Sektoren weist auf die Ursache des gestärkten Vertrauens hin, die weltweit gute Investitionsgüterkonjunktur. Bei den Herstellern von industriellen Vorprodukten und Konsumgütern hat sich das Vertrauen zwar gebessert, aber die deutschen Unternehmen melden keine günstigeren Einschätzungen als ihre europäischen Konkurrenten. Die

Tab. 1
Schätzung der Produktionsentwicklung in den Bereichen des verarbeitenden Gewerbes
Veränderungen in % (real) gegenüber dem Vorjahr

NACE	Land/Region	2005	2006	2007	2008
D	Deutschland	3,2	4,5	3,0	1,5
D	EU-15	2,0	3,5	2,7	2,1

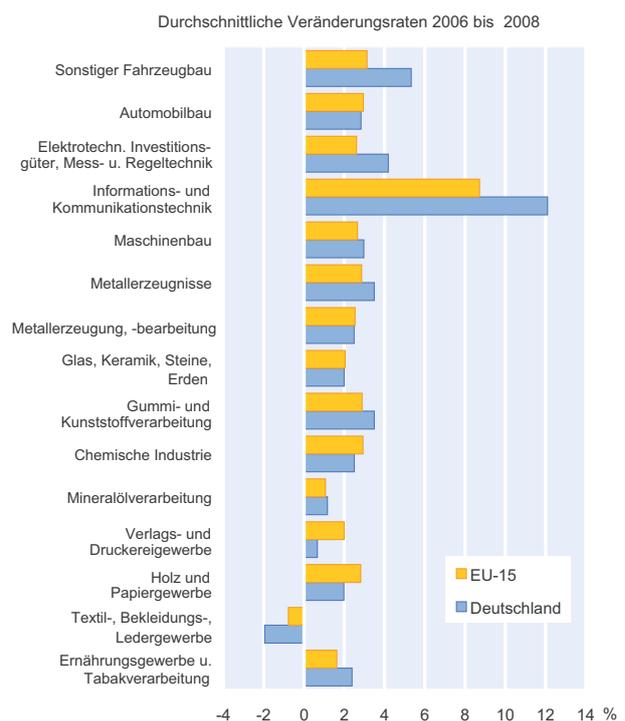
Quelle: Cambridge Econometrics; ifo Institut.

deutschen Investitionsgüterhersteller blicken dagegen deutlich optimistischer in die Zukunft.

Die hohe Bedeutung der weltweiten Investitionstätigkeit für die gegenwärtig laufende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung ist bei den Perspektiven für die Industrie zu berücksichtigen. Deutschland profitiert hiervon in besonderer Weise, da in Wachstumsphasen die Investitionstätigkeit überproportional ansteigt. Dies wirkt sich bei dem hohen Gewicht, das die Metallindustrie in Deutschland an der Industrie besitzt, auf die Zuwachsraten aus.

Das ifo Institut hat 2006 eine Kooperation mit Cambridge Econometrics eingeleitet. Das Ziel sind sektoral disaggregierte Prognosen für die Europäische Gemeinschaft, *European Sectoral Trends*. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen

Abb. 9
Sektorale Entwicklung der Industrie



Quelle: Cambridge Econometrics; ifo Institut.

für Deutschland eine höhere Wachstumsdynamik am aktuellen Rand, wogegen im Jahr 2008 die expansiven Kräfte stärker als im Mittel der EU-15 nachlassen. Dies ist Ausdruck der zyklischen Komponente bei der Investitionsgüternachfrage, die die Probleme am Standort Deutschland zurzeit, aber auch noch im kommenden Jahr überdeckt (vgl. Tab. 1).

... aber der auslaufende Boom wird auch stärker dämpfend wirken

Im Durchschnitt über die drei Jahre 2006 bis 2008 wird die Entwicklung durch die Metallindustrie getrieben, wobei sie in Deutschland ein insgesamt höheres Wachstum als in der Europäischen Gemeinschaft aufweist, obwohl gegen Ende des Prognosehorizonts die Entwicklung deutlich stärker gedämpft wird (vgl. Abb. 9).

Der Strukturwandel, den die deutschen Unternehmen in Anbetracht der Herausforderungen durch die Globalisierung mittels des Aufbaus internationaler Produktionsnetzwerke forcieren, gibt ihnen in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation die Möglichkeit, ihre Preiswettbewerbsfähigkeit auszubauen und Marktanteile zu gewinnen. Sie sind mit den notwendigen Anpassungen weiter vorgekommen als die meisten ihrer europäischen Konkurrenten. Das erwartete schwächere weltwirtschaftliche Wachstum wird vor allem die Investitionsbereitschaft beeinträchtigen und damit in den kommenden Jahren die Industrie stärker in Deutschland als in anderen europäischen Ländern treffen. Dies schlägt sich in dem für 2008 prognostizierten deutlich schwächeren Wachstum der deutschen Industrieproduktion nieder (vgl. Tab. 1). Es ist zu erwarten, dass diese Entwicklung negative Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt hat.

Die Industrieproduktion in Deutschland wird 2006 und 2007 vom Investitionsgüterbereich getrieben, ...

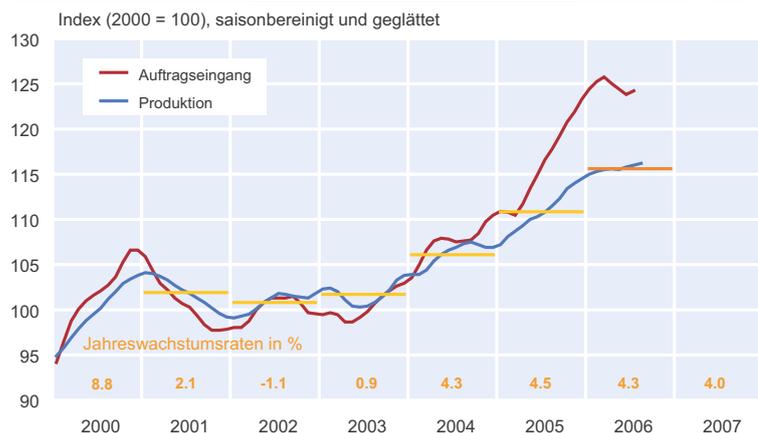
Im Jahr 2005 hat das Produktionsvolumen des Investitionsgüterbereichs in Deutschland mit einem Plus von 4,5% überdurchschnitt-

Tab. 2
ifo-Schätzung für die Produktionsentwicklung in den Branchen des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland

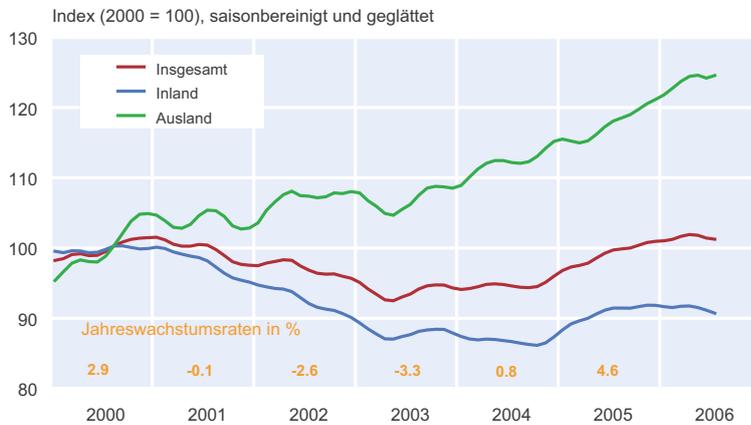
WZ 93	Branche	2005	2006	2007	2008
D	Verarbeitendes Gewerbe	3,2	4,5	3,0	1,5
	Vorleistungsgüter	2,6	6,0	3,0	1,5
	Investitionsgüter	4,5	4,3	4,0	2,0
	Konsumgüter	1,8	2,0	1,5	1,2
15	Ernährungsgewerbe	4,3	3,0	3,0	2,0
17	Textilgewerbe	-4,2	-1,6	-1,0	0,0
18	Bekleidungsgewerbe	-7,9	-14,0	-6,0	-3,0
20	Holzgewerbe	0,2	3,5	2,5	1,5
21	Papiergewerbe	2,7	2,2	1,5	1,5
22	Verlags- und Druckereigewerbe	0,4	0,0	1,0	1,0
23	Mineralölverarbeitung	3,3	1,5	1,0	1,0
24	Chemische Industrie	4,8	3,5	2,5	1,5
25	Gummi- und Kunststoffwaren	0,3	5,0	3,5	2,0
26	Glas, Keramik, Steine und Erden	-3,7	3,0	2,0	1,0
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	0,5	4,0	2,5	1,0
28	Metallerzeugnisse	0,8	5,0	3,5	2,0
29	Maschinenbau	4,4	6,0	3,0	0,0
30	Informationstechnik, Büromaschinen nominal	33,6	11,0	5,0	5,0
31	Geräte der Elektrizitätserzeugung u.Ä. Kommunikationstechnik, Elektronik nominal	2,7	6,0	4,0	1,0
32	Mess-, Regel-, Medizintechnik	18,6	25,0	10,0	8,0
33	Automobilindustrie	2,0	7,5	5,0	3,0
34	Sonstiger Fahrzeugbau	3,7	2,5	3,0	3,0
35	Möbel, sonstige Gebrauchsgüter	3,2	6,0	6,0	4,0
36	Recycling	-0,1	1,2	1,5	1,5
37	nachrichtlich: Elektrotechnik (30, 31, 32, 33)	10,0	10,0	10,0	6,0
		7,4	9,5	5,2	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 10
Investitionsgütergewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 11**Auftragseingang im Konsumgütergewerbe**

lich zugenommen. Hier bildete das gleichzeitige Anziehen der Auslands- und der Inlandsnachfrage den Hintergrund für eine seit dem zweiten Halbjahr 2003 einsetzende kräftige konjunkturelle Erholung, wobei sich die Auftragseingänge aus dem Ausland erheblich dynamischer nach oben bewegten als die aus dem Inland. Lebhaft entwickelten sich dabei vor allem die Bereiche der Elektroindustrie. Aber auch die Autosparte und der Maschinenbau legten 2005 weiter zu (vgl. Tab. 2).

Im laufenden Jahr setzte sich das kräftige Wachstum der Investitionsgüterindustrie fort, und im Jahresdurchschnitt 2006 dürfte sich das Produktionsplus wieder auf über 4% belaufen. Neben den Segmenten der Elektroindustrie einschließlich des Bereichs Mess-, Automatisierungs- und Medizintechnik tragen in diesem Jahr auch der sonstige Fahrzeugbau und vor allem der Maschinenbau zur expansiven Entwicklung des Investitionsgüterbereichs bei. Die Automobilindustrie hat dagegen erheblich von ihrer früheren Dynamik verloren. Auch für 2007 eröffnen sich dem Bereich der Investitionsgüter relativ günstige Perspektiven: Die Auslandsnachfrage wird sich weiter lebhaft entwickeln, und im Inland wird der weitere Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich erneut für eine lebhaftere Nachfrage sorgen. Die Entwicklung der Auftragseingänge zeigt allerdings eine nachlassende Dynamik (vgl. Abb. 10). Im Jahresdurchschnitt 2007 ist bei der Investitionsgüterproduktion mit einem Plus von etwa 4% zu rechnen.

... während die Konsumgüterindustrie trotz eines guten Exportgeschäfts nur wenig zulegen kann

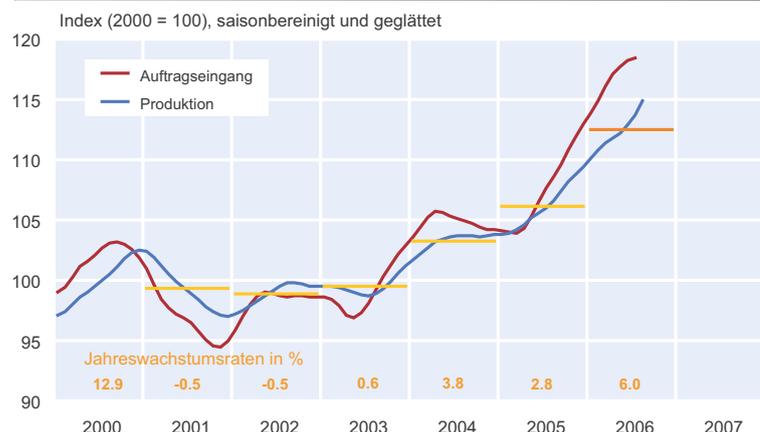
Demgegenüber kann der Bereich der Konsumgüter, der zwar den Schrumpfungss-

prozess der Jahre 2001 bis 2003 überwunden hat, nur gedämpft expandieren. Auch hier nahmen die Auslandsaufträge ab Herbst 2003 kräftig zu, der Auftragseingang aus dem Inland stagnierte jedoch zunächst weiter auf sehr niedrigem Niveau (vgl. Abb. 11). Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts wirkte sich dies stark dämpfend auf die Gesamtnachfrage aus. 2005 zog dann endlich die Inlandsnachfrage an, so dass die Branche insgesamt auf ein reales Produktionsplus von immerhin 1,8% kam. Im laufenden Jahr hat sich die Erholung des inländischen Auftragseingangs zwar nicht fortgesetzt, die hohe Auslandsnachfrage reicht jedoch aus, das Produktionswachstum 2006 mit einem Plus von etwa 2% auf dem Wachstumspfad zu halten.

Sehr ungünstig entwickelt sich dabei, abgesehen von der Tabakverarbeitung, erneut das Bekleidungs- und Ledergerbergewerbe. 2007 wird sich der Inlandsmarkt für Erzeugnisse der Konsumgüterindustrie – schon wegen der Mehrwertsteuererhöhungen – aller Voraussicht nach nur schwach entwickeln. Das weiterhin lebhaftes Exportgeschäft dürfte jedoch auch 2007 das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie um schätzungsweise 1,5% im Jahresdurchschnitt ansteigen lassen.

Der konjunkturelle Aufschwung stimuliert die Herstellung von Vorprodukten 2006 kräftig, doch schon 2007 wird das Wachstum gedämpft

Anders als die Investitionsgüter- und die Konsumgüterindustrie verzeichnete der Bereich der Vorleistungsgüter vom Frühjahr 2004 bis zum Frühjahr 2005 eine Phase schwa-

Abb. 12**Vorleistungsgütergewerbe**

cher Nachfrage. Obwohl danach der Auftragseingang – sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland – ab Sommer 2005 wieder kräftig anzog, reichte es im Jahresdurchschnitt 2005 nur zu einem unterdurchschnittlichen Produktionsplus von 2,6%. 2006 führte die Fortsetzung des rapiden Nachfrageanstiegs dann zu einer kräftigen realen Produktionsausweitung, die für den Durchschnitt des Jahres eine Wachstumsrate von 6% erwarten lässt. Diese Rate ist jedoch zyklisch etwas überzeichnet, da der Bezugswert des Vorjahres durch die schwache Entwicklung im ersten Halbjahr 2005 sehr niedrig war. 2007 wird der Bereich der Vorleistungsgüter weit weniger stark wachsen, voraussichtlich mit einem realen Produktionsplus von rund 3% (vgl. Abb. 12).

Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Positive Umsatzentwicklung im Großhandel

Josef Lachner

Im Großhandel (ohne Handelsvermittlung) haben sich die Aufwärtskräfte verstärkt. Die Umsätze waren im Durchschnitt der Monate Januar bis August 2006 nominal um 7,0% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (vgl. Abb. 13); auch in diesem Jahr war die nominale Umsatzzunahme teilweise auf gestiegene Verkaufspreise in einigen Rohstoffbereichen zurückzuführen. Real ergab sich ein Zuwachs um 3,0%.

Außenhandel und steigende Produktion des produzierenden Gewerbes begünstigen die Entwicklung

Wesentliche Schubkraft für die Belebung der Großhandelsumsätze dürfte vom expansiven Außenhandel ausgegangen sein. Insbesondere der Anstieg der Importe dürfte die Entwicklung der Großhandelsumsätze beflügelt haben (vgl. Abb. 14). Hier agieren Großhandelsfirmen als Importeure und auch in der Distribution in der Fläche, der Feindistribution. Den Schätzungen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zufolge werden die Importe insgesamt im Jahr 2006 real um 9,7% höher sein als im Vorjahr. Das darf als Ausdruck der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Produkte gewertet werden. Daneben hat aber auch der real um 10% höhere Export die Umsatzentwicklung der hier engagierten Großhandelsunternehmen positiv beeinflusst.

Abb. 13
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel insgesamt

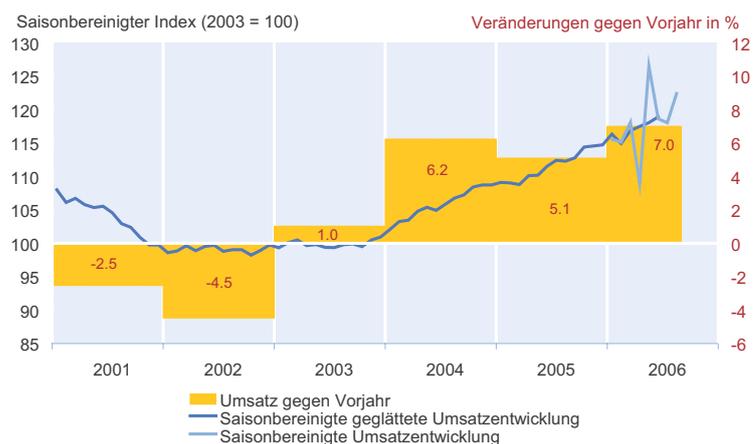
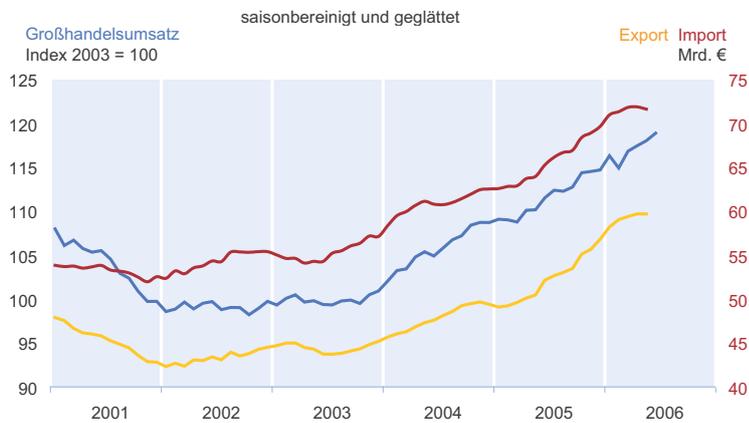
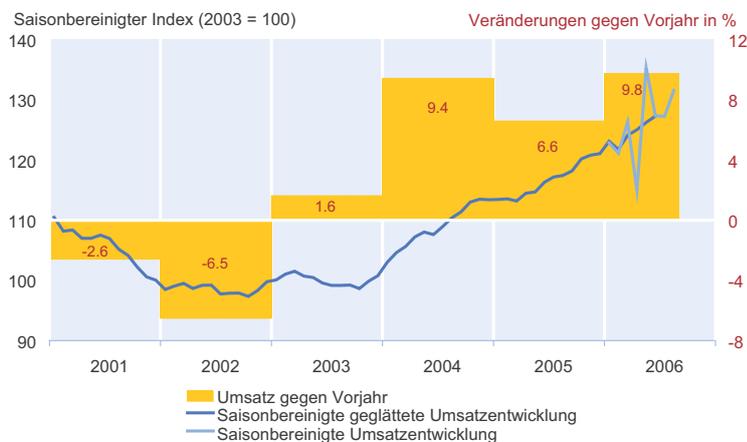
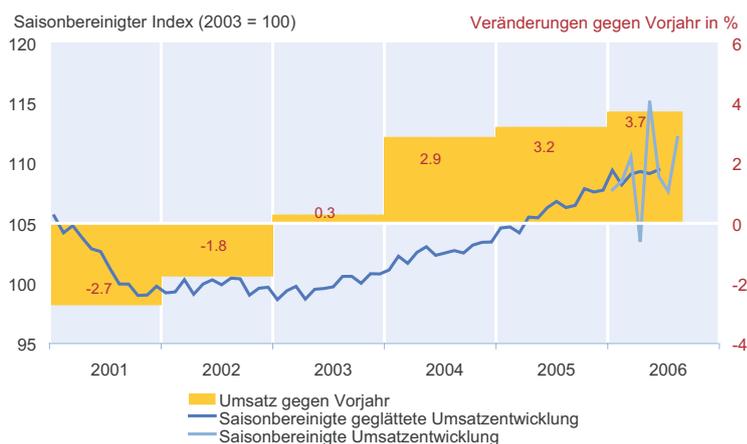


Abb. 14**Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel sowie der Importe und Exporte**

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 15**Entwicklung der nominalen Umsätze im Produktionsverbindungshandel**

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 16**Entwicklung der nominalen Umsätze im Konsumgütergroßhandel**

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Der Großhandel ist in Deutschland aber nicht nur als Distributeur importierter Waren aktiv, sondern auch von Produkten, die im Inland erzeugt bzw. hergestellt wurden. Deshalb besteht auch ein relativ enger Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Großhandelsumsätze und der Produktion im verarbeitenden Gewerbe. In den ersten acht Monaten des Jahres 2006 sind wohl vom Anstieg der Produktion im verarbeitenden Gewerbe um 5,4% und im Bauhauptgewerbe um 2,8% Umsatzimpulse auf den Großhandel ausgegangen. Speziell die Unternehmen im Produktionsverbindungshandel stehen den Firmen des verarbeitenden Gewerbes auf der Beschaffungsseite als Lieferanten von Rohstoffen und Halbwaren und auf der Absatzseite als Abnehmer beispielsweise von Maschinen und Werkzeugen gegenüber.

Deutlicher Umsatzanstieg im Produktionsverbindungshandel

Dieser Produktionsverbindungshandel verzeichnete einen besonders starken Umsatzanstieg. Hier wurden die Vorjahresumsätze nominal um 9,8% übertroffen (vgl. Abb. 15). Ein beträchtlicher Teil davon war allerdings auf erhöhte Verkaufspreise zurückzuführen. Preissteigerungen ergaben sich vor allem im Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen sowie im Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen. Real resultierte im gesamten Produktionsverbindungshandel in den ersten beiden Tertialen ein Umsatzanstieg um 4%.

Konsumgütergroßhandel profitiert von Neupositionierung der Unternehmen ...

Weniger dynamisch verlief die Umsatzentwicklung im Konsumgütergroßhandel; hier nahmen die Umsätze nominal um 3,7 und real um 2,2% zu (vgl. Abb. 16). Dieser Bereich verzeichnete damit allerdings erneut einen wesentlich günstigeren Umsatzverlauf als der Einzelhandel, seiner wichtigsten Kundengruppe. Nach Sparten differenziert zeigt sich, dass der Umsatz vor allem im Großhandel mit Non-Foods expandierte. Die Unternehmen dieses Bereichs waren offenbar

in der Lage, das erweiterte Absatzspektrum, das sich durch die Sortiments-Diversifikation im Facheinzelhandel ergeben hat, zu nutzen. Daneben kommen vor allem die größeren Unternehmen als Lieferanten für die nach wie vor stark expandierenden Discounter im Lebensmittelbereich in Frage. Den Großhändlern ist es gelungen, einerseits neue Kundengruppen zu erschließen und andererseits bestehende Kundenbeziehungen zu vertiefen. Neben diesen exogenen Faktoren tragen auch Rationalisierungen in der Ablauforganisation innerhalb des Großhandelsbetriebs zur Einschaltung von Großhändlern in die Lieferkette bei, beispielsweise durch die Effizienzsteigerung der Kommissionieranlagen. Außerdem spielt für den Attraktivitätsgewinn des Großhandels die Fokussierung der Unternehmen auf das Angebot von Serviceleistungen (z.B. Global Sourcing, Qualitätskontrolle, After-Sales-Service) eine Rolle. Damit tragen die Unternehmen des Großhandels zur Effizienzsteigerung im Waren- und Informationsfluss der gesamten Wertschöpfungskette bei. Durch die vertikale Zusammenarbeit von Unternehmen, die sich verstärkt auf Leistungen konzentrieren, die zu ihren Kernkompetenzen gehören, wird die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Lieferkette, vom Erzeuger bzw. Hersteller bis zum Einzelhändler gestärkt. Das wiederum kommt nicht nur den Lieferanten und Kunden des Großhandels zugute, sondern auch dem Großhandel selbst.

... und bleibt weiter im Aufwind

Die veränderte Positionierung der Unternehmen des Konsumgütergroßhandels im Markt wird sich auch künftig günstig auf die konjunkturelle Entwicklung dieses Bereichs auswirken, wenngleich sie unter dem Einfluss der schwächeren Konsumkonjunktur etwas an Dynamik verlieren wird. Für den Konsumgütergroßhandel ist für 2007 insgesamt mit einem nominalen Umsatzplus von 2% zu rechnen.

Produktionsverbindungshandel bleibt besonders expansiv

Im Produktionsverbindungshandel ist mit einem weiteren Anstieg der nominalen wie der realen Umsätze zu rechnen. Eine Stütze für diese Entwicklung ist die erwartete anhaltende Steigerung der Produktion im verarbeitenden Gewebe sowie die Bereitschaft der Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft insgesamt in Ausrüstungen zu investieren. Die Firmen des baunahen Großhandels dürften von der Zunahme der Bauinvestitionen profitieren. Insgesamt ist für den Produktionsverbindungshandel für 2007 mit Umsätzen zu rechnen, die nominal um etwa 6% und real um 3% höher sein werden als 2006. Für den Großhandel insgesamt ergibt sich aus den Entwicklungen im Konsumgütergroßhandel und dem Produktionsverbindungshandel zusammen ge-

Tab. 3
Voraussichtliche Entwicklung der Großhandelsumsätze für das Jahr 2007
Veränderungsraten gegen Vorjahr in %

	nominal	real
Großhandel insgesamt	4,0	2,0
Produktionsverbindungshandel	6,0	3,0
Konsumgütergroßhandel	2,0	1,0

Quelle: Schätzungen des ifo Instituts.

nommen für 2007 ein weiter Umsatzanstieg. Er wird nominal reichlich 4% und real etwa 2% betragen (vgl. Tab. 3).

Frau Ursula Lindl, Geschäftsführerin der KIDOH GmbH in der Verlagsgruppe Weltbild GmbH, referierte über den Multi-Channel-Vertrieb im Spielwareneinzelhandel unter besonderer Berücksichtigung des e-commerce. Sie zeigte die Instrumente und Vorgehensweisen auf, mit denen der internetbasierte Distanzhandel sich in einem tendenziell schrumpfenden Gesamtmarkt als Nischenanbieter positioniert. Diese reichten von der konsequenten Definition der Kundenzielgruppe und der Inhalte der Kundenansprache, mit der sich das Unternehmen profiliert, über die Entwicklung von Eigenmarken, der Besetzung von Randsortimenten, der Einrichtung von Adress-Datenbanken, der monatlichen Katalogtaktung, der Kooperation mit Marktpartnern zur Unterstützung der Marktpenetration bis hin zur Einbindung von Großhandelsunternehmen in die physische Distribution. Herr Dr. Holger Eisold, stellvertretendes Vorstandsmitglied des AGA Unternehmensverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistung e.V. in Hamburg, stellte die veränderten Anforderungen an die Großhandelsunternehmen sowie die verschiedenen Formen der Funktionsanpassungen ins Zentrum seines Vortrags. Vor allem die anhaltende Globalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen vor- und nachgelagerter Stufen, der anhaltend hohe Preisdruck sowie der daraus resultierende Zwang zur Rationalisierung veranlasst die Großhandelsfirmen, sich als Anbieter von Servicefunktionen in die Distribution einzuschalten. Neben der Sicherung der Warenverfügbarkeit bei niedrigen Lagerbeständen entwickeln sie Marketingstrategien, beraten bei der Sortimentsgestaltung, konzipieren Produkte, kontrollieren aber auch die Qualität und organisieren den Reparatur- und Ersatzteilservice. In der Lieferkette nehmen sie dabei unterschiedliche Positionen ein, fungieren als Systemlieferant von B- oder C-Teilen, als Systemkopf, Global Sourcer oder als After-Sales-Service-Provider.

Konjunkturelle Belegung im Einzelhandel ...*Hans G. Russ*

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hat sich als deutlich dynamischer erwiesen, als zunächst von den Prognostikern angenommen wurde. Nach einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im letzten Jahr um nur 0,9% erwarten die Forschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten für 2006 ein Wachstum von 2,3%. Getragen wird der Aufschwung – bei weiter kräftig expandierenden Exporten – nun zunehmend von der Inlandsnachfrage, vor allem von den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Der private Konsum wird demgegenüber vergleichsweise wenig zulegen. In nominaler Rechnung ergibt sich nach der Prognose im Jahresdurchschnitt zwar ein Plus von 2,3%, real beträgt es allerdings – vor allem aufgrund der erhöhten Energiepreise – lediglich 0,9%.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nahmen in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahr um 2% zu. Bei leicht verringerter Sparquote erhöhten sich die Konsumausgaben insgesamt um 2,3%, nach Abzug des Preisanstiegs errechnet sich aber nur eine Erhöhung um 0,7%. Gestiegen sind vor allem die Preise für Heizöl und Kraftstoffe, nämlich um 15%, aber auch die administrierten Preise zogen mit 2,5% überdurchschnittlich an. Dagegen setzte sich der Preisrückgang bei Gebrauchsgütern mit mittlerer und längerer Lebensdauer wie z.B. bei Geräten der Unterhaltungselektronik fort.

Obwohl die steigenden Ausgaben für Energie erneut einen beträchtlichen Teil des verfügbaren Einkommens absorbiert haben, konnte auch der Einzelhandel am konjunkturellen Aufschwung teilhaben, wenngleich die Wachstumsraten erneut hinter der der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt zurückblieben.

... aber nach wie vor differenzierte Entwicklung

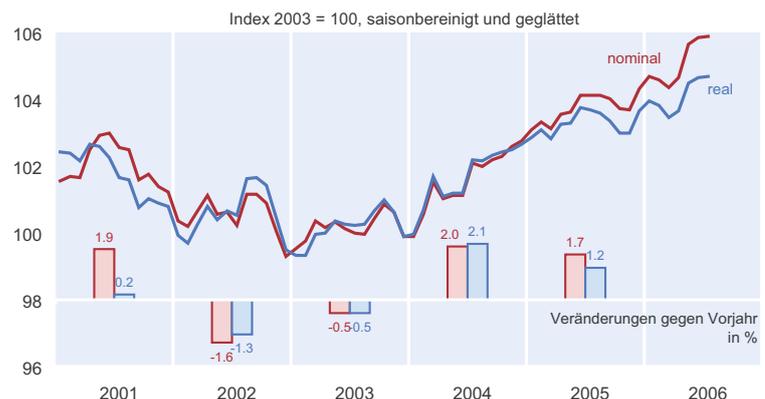
Nach einer Schwächephase im Laufe des zweiten Halbjahres 2005 setzte sich der bereits seit Anfang 2003 zu beobachtende Aufwärtstrend der Einzelhandelsumsätze zu Beginn dieses Jahres wieder fort. Dies gilt sowohl in nominaler als auch preisbereinigter Betrachtung (vgl. Abb. 17). In den ersten acht Monaten konnten die Einzelhändler im Vergleich zum Vorjahr ein Absatzplus von nominal 1,3% und real 0,6% verbuchen. Nach wie vor verlief aber die Umsatzentwicklung sehr differenziert. Während die großflächigen und discountierenden Selbstbedienungsläden in dieser Zeit um gut 1% mehr umsetzten als

im Vorjahr, mussten die Waren- und Kaufhäuser Einbußen von 2,2%, der Versandhandel sogar von 4,3% hinnehmen. Beim meist inhabergeführten Facheinzelhandel war eine sehr unterschiedliche Entwicklung zu beobachten: Die kleinen und mittleren Nahrungs- und Genussmittelgeschäfte setzten mit einer Zunahme von 1,2% erstmals wieder mehr um als zur entsprechenden Vorjahreszeit. Dabei haben sich offensichtlich insbesondere die Bioläden wegen der Vogelgrippe und der Skandale um das sog. Gammelfleisch einer erhöhten Nachfrage erfreuen können. Der übrige Facheinzelhandel registrierte dagegen ein Minus von 1,7%.

Die strukturellen Veränderungen im deutschen Einzelhandel setzten sich also weiter fort. Allerdings konnte der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln Marktanteile zurückgewinnen, obwohl auch die Discounter zunehmend Biokost in ihr Sortiment aufnehmen. Dieser Trend zu höherwertigen Nahrungsmitteln ist schon seit längerem zu beobachten und dürfte sich auch in Zukunft weiter fortsetzen.

Die konjunkturelle Entwicklung beim Einzelhandel spiegelt sich auch deutlich in den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests wider. Nach der kontinuierlichen Aufwärtstendenz seit Anfang 2005 stabilisierte sich das Geschäftsklima in den letzten Monaten auf dem im Frühjahr erreichten Niveau. Zwar hielt die Besserung der aktuellen Geschäftslage an, die Erwartungen tendierten jedoch nach unten. Nach dem durch einige Sondereinflüsse wie extreme Witterungsverhältnisse und Fußballweltmeisterschaft unterstützten günstigen Geschäftsverlauf rechnen die Unternehmen nun offenbar mit einer etwas ruhigeren Gangart, vor allem aber dürfte die Erhöhung der Mehrwertsteuer zusehends in ihr Blickfeld geraten (vgl. Abb. 18). Der hohe Lagerdruck ließ zwar nach, jedoch klagten immer noch deutlich mehr Unternehmen über zu große Lagerbestände als im Großhandel, der von der dynamischen Investitionskonjunktur profitiert. Die Pläne der Einzelhändler signalisieren aber zumin-

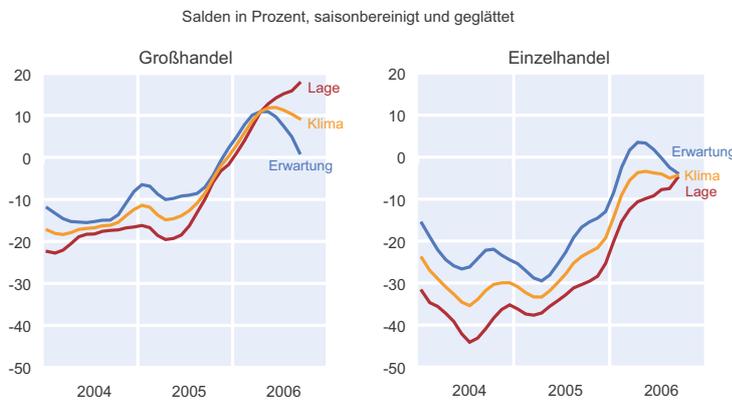
Abb. 17
Umsatzentwicklung im Einzelhandel insgesamt^{a)}



^{a)} Ohne Kraftfahrzeuge und Tankstellen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 18
Geschäftsentwicklung im Handel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

dest eine weitere Lockerung der zurückhaltenden Bestelltätigkeit (vgl. Abb. 19).

Zusätzliche Effekte in 2006 ...

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres war die Absatztätigkeit in den einzelnen Sparten des Einzelhandels wie erwähnt durch einige Faktoren positiv beeinflusst. Zu nennen sind hier die kalte und schneereiche Witterung einerseits und die Hitzewelle andererseits, die dem Handel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen einen zusätzlichen Umsatzanstieg bescherte, und auch die Fußballweltmeisterschaft wirkte sich z.B. bei entsprechenden Fanartikeln positiv aus. Bei Lebensmitteln und Getränken schlugen die Weltmeisterschaft und die Hitzewelle besonders deutlich zu Buche. In der Sparte Unterhaltungselektronik stiegen die Umsätze bereits im Vorfeld der Weltmeisterschaft, zum Teil sogar verbunden mit dem Weihnachtsgeschäft an. Deshalb ist zunächst mit einer leicht rückläufigen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze zu rechnen, dann aber dürfte die Nachfrage wieder anziehen. Dafür spricht neben den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests auch das stark gestiegene GfK- Konsumklima. Um die Belastung durch die ab Januar 2007 höhere Mehrwertsteuer zu vermindern, werden die Konsumenten zudem gegen Jahresende insbesondere Käufe langlebiger Konsumgüter wie z.B. Möbel und größere Haushaltsgeräte vorziehen. Im Jahresdurchschnitt errechnet sich somit eine Zunahme des Einzelhandelsumsatzes von nominal 1,5%. Die Steigerungsrate der Einzelhandelspreise wird bei etwa 1% und damit etwas unter der für die Konsumausgaben ins-

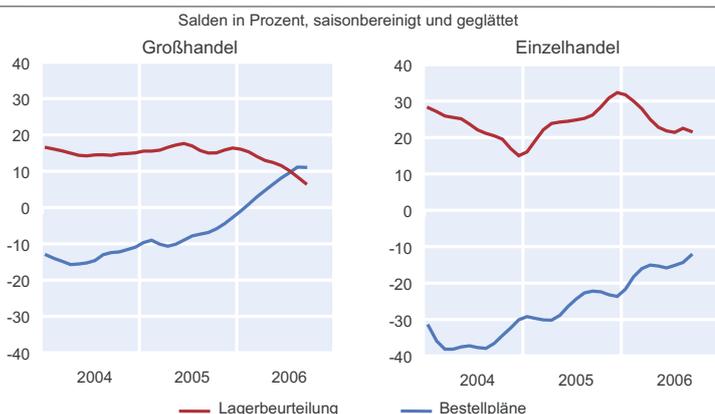
gesamt liegen, so dass sich in realer Rechnung ein Umsatzplus von 1/2% ergibt.

... dämpfende Einflüsse in 2007

Nach Einschätzung der Institute ist die Ausgangslage für das kommende Jahr günstig, wenngleich Uneinigkeit darüber herrscht, in welchen Maß der restriktive Kurs der Finanzpolitik die Dynamik beeinträchtigt. Die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4% stellt also einen Kompromiss der beiden Lager dar. Bei ihrer Prognose gehen die Institute bei den konsumrelevanten Annahmen u. a. davon aus, dass sich der Ölpreis auf dem Niveau von 60 US-Dollar je Barrel bewegt. Außerdem wird unterstellt, dass die Tarifverdienste je Stunde im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 1,9% steigen, nach 1,4% in 2006, und die europäische Zentralbank noch in diesem Jahr den Leitzins um 25 Basispunkte auf 3,5% anheben und im kommenden Jahr unverändert lassen wird.

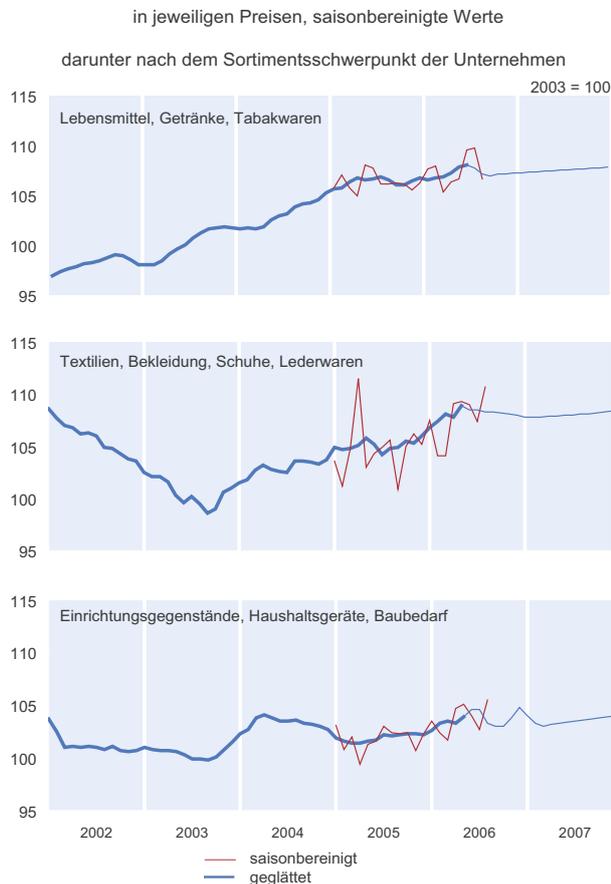
Die Nachfrage der privaten Haushalte wird im nächsten Jahr durch das Fiskalpaket der Bundesregierung spürbar belastet. Die Bruttolöhne und -gehälter werden zwar im Jahresdurchschnitt mit 2,0% stärker steigen als 2006, nicht zuletzt wegen der Zunahme der Beschäftigtenzahl. Netto erhöhen sich die Löhne und Gehälter noch etwas stärker, da die Sozialabgaben per saldo sinken. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden alles in allem gesehen mit 2% ähnlich zunehmen wie im laufenden Jahr, real ergibt sich allerdings, vor allem aufgrund der Anhebung der Mehrwertsteuer ein Rückgang von 0,1%. Die Sparquote wird geringfügig abnehmen, die Konsumausgaben insgesamt werden

Abb. 19
Lagerbeurteilung und Bestelltätigkeit^{a)}



^{a)} Meldungen über zu große (+) und zu kleine (-) Lagerbestände bzw. über geplante Zunahme (+) und Abnahme (-) der Bestellungen

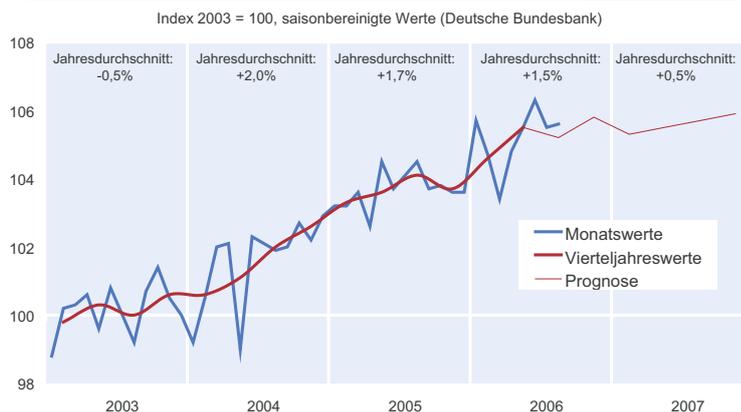
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abb. 20**Umsätze des Einzelhandels**

Quelle: Statistisches Bundesamt.

real stagnieren, nach einer Zunahme um knapp 1% in diesem Jahr.

Am Einzelhandel werden die nachlassende konjunkturelle Dynamik und die fiskalpolitischen Maßnahmen im Jahr 2007

Abb. 21**Einzelhandelsumsatz^{a)}**^{a)} Nominal, ohne Kraftfahrzeuge.

Quelle: ifo Institut.

ebenfalls nicht spurlos vorübergehen. Vergleichswerte, wie stark die Konjunktur durch die Mehrwertsteuererhöhung gedämpft wird, fehlen allerdings, denn eine Anhebung um 3 Prozentpunkte gab es bisher nicht. Bei den letzten Erhöhungen waren kaum Auswirkungen zu erkennen. Die positiven Impulse von der Fußballweltmeisterschaft, die witterungsbedingten zusätzlichen Nachfrageeffekte sowie die Vorzieheffekte in das Jahr 2006 wirken sich zudem nun negativ auf die Wachstumsrate der Einzelhandelsumsätze im Jahr 2007 aus. Gestützt werden wird die Nachfrage allerdings von einer weiteren Zunahme der Beschäftigung, wenngleich sich der Anstieg im Gefolge der allgemeinen Konjunkturabschwächung verlangsamen wird.

Betroffen von einem Rückgang der Umsätze nach der Jahreswende 2006/2007 wird insbesondere die Sparte Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte und Baubedarf sein. Auch wenn man im Laufe des Jahres wieder einen leichten Anstieg unterstellt, wird der Umsatz hier im Durchschnitt das Ergebnis vom Vorjahr nur knapp erreichen. Bei Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren wird sich der um die Sondereinflüsse bereinigte, leichte Aufwärtstrend fortsetzen, im Jahresdurchschnitt ist mit einem Umsatzplus von 1/2% bis 1% zu rechnen. Die Nachfrage nach Textilien, Bekleidung und Schuhen dürfte im Laufe des nächsten Jahres wieder anziehen, im Jahresdurchschnitt könnte sich ein kleines Plus ergeben. Alles in allem errechnet sich bei diesem unterstellten Verlauf für den Einzelhandelsumsatz insgesamt eine nominale Zunahme von 1/2% (vgl. Abb. 20 und 21).

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte auf 19% wird rein rechnerisch den Verbraucherpreisindex insgesamt um 1,4 Prozentpunkte erhöhen. Bei den Einzelhandelspreisen dürfte der Effekt geringfügig stärker durchschlagen, da hier der Anteil der Waren, für die der volle Mehrwertsteuersatz gilt, etwas höher ist. Wegen des nach wie vor enormen preislichen Wettbewerbs werden sich die Effekte der Mehrwertsteuererhöhung aber nur z.T. auf den Kunden überwälzen lassen. Außerdem haben viele Händler in einer Umfrage angegeben, die Preise schon angehoben zu haben, oder dass sie dies noch in diesem Jahr vornehmen werden. Auch werden sich sog. Schwellenpreise wie etwa 1,99 Euro schwer verändern lassen. In der Prognose wurde ein Anstieg der Einzelhandelspreise um 1% im Durchschnitt des kommenden Jahres unterstellt. Damit wird der Umsatz in realer Betrachtung um etwa 1/2% unter dem Ergebnis des Jahres 2006 liegen.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Erich Gluch

Dr. Lutz Uecker, Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, zeichnete sehr detailliert die derzeitige Situation der Bauwirtschaft anhand der aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes auf.

Wohnungsbau

Die Baugenehmigungen für neue Gebäude liegen auf Basis der veranschlagten Kosten bis einschließlich August um 16,9% über dem Volumen des Vorjahreszeitraums. Bei den neuen Wohngebäuden legte das wertmäßige Genehmigungsvolumen von 19,8 Mrd. € auf 23,5 Mrd. € zu. Für neue Nichtwohngebäude steigerte sich das Genehmigungsvolumen von 11,2 Mrd. € auf 12,8 Mrd. €.

Fast 70% der genehmigten Wohnungen in neuen Wohngebäuden entfallen auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Die bis einschließlich August genehmigte Zahl neuer Wohnungen übertrifft die Vorjahresgröße um 16 392 Wohneinheiten. Bis zum Jahresende 2006 wird dieser Saldo voraussichtlich auf unter 10 000 zurückgehen. Angesichts der in den beiden Vorjahren zu verzeichnenden Rückgänge der Genehmigungszahl um jeweils mehr als 20 000 Wohnungen wird der diesjährige Zuwachs nur einen begrenzten Impuls für die Neubautätigkeit setzen können.

Das Genehmigungsvolumen der Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden hat sich in den letzten beiden Jahren annähernd stabilisiert, so dass von dem diesjährigen Zuwachs der genehmigten Wohnungen in neuen mehrgeschossigen Wohngebäuden nur eine geringfügige Belebung des Wohnungsneubaus ausgehen wird.

Bestandsmaßnahmen

Der Bestand an Wohngebäuden in Deutschland verkörpert einen Wiederbeschaffungswert von etwa 5 400 Mrd. €. Ein derartiges Bestandsvermögen kann nicht schlechthin über den Neubau reproduziert werden, sondern benötigt ständig Bestandsmaßnahmen. Die Zahlen der letzten Jahre zeigen, dass das Volumen der Bestandsmaßnahmen über die Jahre keinesfalls stetig wächst. Für das Jahr 2005 strukturieren sich die gesamten Wohnungsbauleistungen in Höhe von 123,3 Mrd. € zu rund 60% in Bestandsmaßnahmen und zu 40% in Neubauten.

Wirtschaftsbau

Im Jahr 2005 erreichten die Bruttoanlageinvestitionen der Industrie fast 60 Mrd. €, darunter 6,4 Mrd. € an Bauinvestitionen.

Der Bauanteil der Anlageinvestitionen der Industrie liegt demzufolge bei lediglich 10,8%. Von der Industrie geht daher unmittelbar ein nur vergleichsweise geringer Nachfrageimpuls auf die Bautätigkeit aus. Allerdings entstehen aus einer stabilen bzw. anziehenden Industrieproduktion erhebliche Leistungsimpulse gegenüber anderen Unternehmen, so dass über die Industrie weiterhin mittelbare Wirkungen für die Baunachfrage im gewerblichen Bereich entstehen.

Öffentlicher Bau

Die Bautätigkeit der öffentlichen Hand ist für die Unternehmen des Bauhauptgewerbes von besonderer Bedeutung. Die Kassenstatistik mit Stand Juni 2006 weist hinsichtlich der Gebietskörperschaften nur für die Ebene Bund ein höheres Ausgabevolumen gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf. Dagegen schränkten die Kommunen als größter Auftraggeber der Gebietskörperschaften ihre Bauausgaben um mehr als 200 Mill. € bzw. 4,3% ein. Somit setzte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 2006 die Entwicklung aus dem Jahr 2005 fort, dass trotz steigendem Steueraufkommen und höheren Gesamteinnahmen keine Entscheidungsspielräume für Investitionsmaßnahmen genutzt wurden.

Auftragseingänge

Im Vergleich zum Vorjahr lag bis einschließlich August das Auftragsvolumen für die Betriebe des Bauhauptgewerbes um 2,1 Mrd. € über dem Vorjahresvolumen, das entspricht einer Zunahme um nominal + 7,4% bzw. real + 5,6%. Bezogen auf die Bausparten ist der kräftigste Zuwachs derzeit im Wirtschaftsbau mit 9% zu verzeichnen. Im Wohnungsbau erhöhte sich die Nachfrage um 4,8% und im öffentlichen Bau um 2,5%.

Arbeitsstunden

Bis einschließlich August übertraf das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe das des Vorjahres um 1,6%. Es zeigt sich eine erhebliche regionale Spreizung der Veränderungsdaten. Während in Bremen das Arbeitsvolumen um 6,7% abfiel, erhöhte sich die Zahl der Arbeitsstunden in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,6%. Auch hinsichtlich der Bausparten sind deutliche regionale Unterschiede auszumachen. Allein in Baden-Württemberg erhöhte sich das Stundenvolumen in allen drei Bausparten. In 15 der 16 Bundesländer nahm das Leistungsvolumen im Wirtschaftsbau zu. Im Wohnungsbau zog lediglich die Bautätigkeit in zehn Ländern an. Beim öffentlichen Bau wiesen dagegen 14 Bundesländer einen Rückgang des Stundenvolumens auf.

Ausblick

Das Baujahr 2005 fiel wesentlich ungünstiger aus als ursprünglich erwartet. Für das Jahr 2006 scheinen dagegen die Erwartungen in positiver Hinsicht übertroffen zu werden. Für die Beschäftigten- und Umsatzentwicklung in den Jahren 2006 und 2007 gelten folgende Aussagen:

- Die Zunahme der Erwerbstätigkeit prägt sich aus und stützt die Baunachfrage.
- Der Wohnungsbau profitiert von Bestandsmaßnahmen.
- Die Nachfrage im Wirtschaftsbau festigt sich, angetrieben von Wirtschaftswachstum und Strukturwandel.
- Der öffentlicher Bau profitiert nur eingeschränkt von den Einnahmeverbesserungen der Gebietskörperschaften.
- Das Bauhauptgewerbe stabilisiert seinen Produzentenanteil an den gesamtwirtschaftlichen Bauinvestitionen.

Die Lage der Bauwirtschaft hat sich im Verlauf dieses Jahres bereits deutlich verbessert. Eine Zusammenstellung wichtiger Einflussfaktoren für die weitere Entwicklung stellte Hans Schmid, Manager Macro Economic Studies der CEMEX Deutschland AG, in seinem Referat vor, das er unter den Titel stellte, »Baumarkt zwischen Euphorie und Ernüchterung«.

Im *Wohnungsbau* machen die Einflussfaktoren, trotz einiger Lichtblicke, nach wie vor wenig Hoffnung:

- 80% der Bauherrenhaushalte sind zwischen 26 und 45 Jahre alt – und gerade diese Altersgruppe schrumpft immer noch.
- Die klassischen Bauherren sind junge Familien mit Kindern – aber die Geburtszahlen sind weiter rückläufig.
- Erwerbstätige müssen beruflich mobil und flexibel sein – Wohneigentum ist dabei eher hinderlich.
- Geringe Mieterhöhungspotentiale bieten Investoren wenig Anreiz zum Wohnungsbau.
- Bauherren suchen Sicherheit – im Fokus stehen Sicherheit des Arbeitsplatzes und Sicherung der Altersversorgung; Rückgang der Arbeitslosigkeit einerseits und Notwendigkeit einer auch privaten Altersversorgung bringen Chancen für den Wohnungsbau.
- Bauherren müssen rechnen – der Wegfall der Kilometerpauschale senkt die Attraktivität des Eigenheims im Grünen; stadtnahe Miet- oder Eigentumswohnungen dürften vermehrt nachgefragt werden.

Im *Nichtwohnbau* signalisieren nahezu alle Einflussfaktoren Wachstum:

- Der Dax befindet sich auf dem höchsten Stand seit über sechs Jahren; innerhalb von nur drei Jahren hat er sich mehr als verdoppelt.
- Insbesondere die großen, weltweit tätigen Unternehmen konnten in den letzten Jahren Rekordgewinne einfah-

ren, zweistellige Gewinnzuwächse waren fast der »Normalfall«.

- Die Wettbewerbsposition der deutschen Industrie hat sich deutlich verbessert – ablesbar an den rekordverdächtigen Exportzuwächsen.
- Kein anderes Land in Europa bietet so attraktive Anlagebedingungen wie Deutschland – nach einer Umfrage von Ernst & Young bei 1 000 Führungskräften in Europa.
- Das ifo Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe zeigt weiterhin Optimismus; die Erwartungen sind jedoch verhaltener.
- Die Kapazitätsauslastung liegt nach dem ifo Konjunkturtest in der Industrie nahe der Vollaustattung – Engpässe häufen sich.
- Top-Manager sind zuversichtlich – nach der regelmäßigen Umfrage des PSEPHOS Instituts wollten im August 2006 rund ein Drittel in 2007 mehr investieren als in diesem Jahr.
- Nach der Objektdatenbank der CEMEX AG ist die Zahl der geplanten Großprojekte in den letzten zwölf Monaten um mehr als 10% gestiegen – die Pipeline ist somit ziemlich voll.

Im *Tiefbau* sind die positiven und negativen Einflussfaktoren zwar ausgeglichen, die hohe Staatsverschuldung wirkt jedoch weiterhin bremsend:

- Der Tiefbau lebt immer noch vorrangig von Aufträgen der öffentlichen Hand (Anteil im Bauhauptgewerbe: fast 70%).
- Die Staatsverschuldung hat bereits 1 500 Mrd. € erreicht – und steigt derzeit um 210 Euro/Sekunde. Bei wieder steigenden Zinsen dürfte das Schuldenproblem erneut an Bedeutung gewinnen.
- Der Finanzplan des Bundes sieht für 2007 – trotz Maut-einnahmen und Verkehrsinfrastrukturprogramm – einen Rückgang der Investitionen in den Verkehrsbau von 3% vor.
- Die Gewerbesteuererinnahmen, die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden, stiegen aufgrund des Konjunkturaufschwungs im ersten Halbjahr 2006 gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 um rund 20%!
- Erste Autobahnbauten – als PPP-Projekte – laufen 2007 an.
- Nach der Objektdatenbank der CEMEX AG ist die Zahl der geplanten Großprojekte in den letzten zwölf Monaten um mehr als 5% gestiegen – die Pipeline ist somit gefüllt.

Erich Gluch, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, stellte zunächst die aktuellen Ergebnisse der ifo Konjunkturumfragen in der Bauwirtschaft und bei den freischaffenden Architekten vor. Denn die Entwicklung der Bauinvestitionen bis zum Jahresende sowie in 2007 wird stark geprägt von den bereits vorliegenden Aufträgen bei den Bauunternehmen sowie den heute bearbeiteten Planungen. Und gerade darauf beziehen sich einige der Fragen:

- Beurteilung der Geschäftslage,
- Einschätzung der Geschäftsaussichten und
- Auftragssituation bzw. Auftragsbestände.

Die Kernaussagen dazu lauten zusammengefasst:

- Das Geschäftsklima bei den Baufirmen war im September so gut wie letztmals Anfang der neunziger Jahre.
- Während die Geschäftslage als »gut« bezeichnet werden kann, sind die Erwartungen – zumindest seit einigen Monaten – deutlich gedämpft.
- Die Unterschiede zwischen Hoch- und Tiefbau sind relativ gering.
- Die lange Zeit noch erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich ebenfalls stark reduziert, lediglich bei der Kapazitätsauslastung weisen die ostdeutschen Firmen merklich höhere Werte aus als die westdeutschen.
- Bei den freischaffenden Architekten haben sich die Klimaindikatoren ganz ähnlich entwickelt. Die Lageurteile sind aber noch erheblich von den günstigen Werten entfernt, die es zu Beginn der neunziger Jahre gab; die Geschäftsaussichten bekamen im letzten Quartalen ebenfalls einen spürbaren Dämpfer.

Der *Wohnungsneubau* erfährt in diesem Jahr eine sichtliche Stimulierung durch den Bau von Wohnungen und Eigenheimen, mit denen noch vor dem 1. Januar 2006 mit der Herstellung begonnen wurde. Es reichte aber auch aus, wenn zumindest der Bauantrag gestellt wurde – oder ein notarieller Kaufvertrag abgeschlossen wurde. Zum 1. Januar 2006 wurde nämlich – nach jahrelangen ergebnislosen Diskussionen – die Eigenheimzulage als eine der ersten »Aktivitäten« der Großen Koalition gestrichen. Die anhaltend hohe Arbeitsplatzunsicherheit sowie die weiterhin schwache Entwicklung der Realeinkommen dürfte die Nachfrage nach Eigenheimen in den nächsten Jahren eher dämpfen.

Auch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau – anstatt einer degressiven AfA ist ab 2006 nur noch eine lineare Abschreibung für Abnutzung möglich – dürfte zu Vorzieheffekten geführt haben. Dies zeigen die Daten der amtlichen Genehmigungsstatistik sowie die Auftragseingänge bei den freischaffenden Architekten recht deutlich. Nur zur Erinnerung: Bis Ende 2002 betrug der anfängliche Abschreibungssatz bei degressiver AfA noch 5% und bis Ende 1995 sogar 7%!

Die Nachfrage nach Mehrfamiliengebäuden, die 2005 auf ein extrem niedriges Niveau gerutscht war, wird sich in diesem Jahr leicht beleben. Dies gilt vor allem für Regionen mit günstiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung, wo der Neubau für institutionelle oder gewerbliche Investoren wieder rentabel wird, da eine kaufkräftige Nachfragergruppe angemessene Mieten ermöglicht.

Die Bereitschaft von potentiellen Investoren zu Neuengagements im Wohnungssektor wird aber selbst mittelfristig immer noch von zwei wichtigen Faktoren gebremst: Zum einen ist dies eine fehlende »Inflationsphantasie«. So gab es sowohl bei Eigenheimen als auch bei Eigentumswohnungen in den letzten zehn Jahren lediglich in wenigen Ballungsgebieten Wertsteigerungen. Zum anderen ist die Anzahl der Einwohner in Deutschland, die zwischen 25 und 40 Jahre alt sind, immer noch – zumindest leicht – rückläufig. Gerade diese Bevölkerungsgruppe spielt jedoch eine überragende Rolle für die Stärke der jeweiligen Wohnungsnachfrage.

Mittelfristig wird sich die Nachfrage nach Wohnungen allerdings wieder beleben. Die Anzahl der Jahreseinkommen, die ein Haushalt mit durchschnittlichem Einkommen für den Bau oder Kauf eines Standard-Eigenheimes oder einer typischen Eigentumswohnung aufwenden muss, ist nämlich tendenziell im Verlauf der letzten Jahre deutlich gefallen und derzeit so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Der rückläufige Trend bei den 25- bis 40-Jährigen läuft in wenigen Jahren aus. Und niedrige Inflationsraten sowie außergewöhnlich niedrige Langfristzinsen sind auch kein Geschenk für die Ewigkeit.

Die wesentlichen stimulierenden Faktoren betreffen derzeit im Wohnungsbau die Nachfrage nach *Bestandsmaßnahmen*, auf die – nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – bereits ein Anteil von 60 bis 65% an den gesamten Wohnungsbauinvestitionen entfällt.

Die anhaltende Verteuerung von Energie hat die Nachfrage nach Maßnahmen zur Wärmedämmung bereits deutlich erhöht. Eine zusätzliche Motivation erhalten die potentiellen Investoren durch das Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zur energetischen Gebäudesanierung, für das 1,4 Mrd. € pro Jahr bereitgestellt werden. Darüber hinaus wird die Mehrwertsteuererhöhung ab 2007 manchen Hauseigentümer veranlassen, Renovierungsvorhaben in dieses Jahr vorzuziehen.

Ab diesem Jahr können sowohl Vermieter als auch Mieter, die ihre Wohnung verschönern oder renovieren, den Fiskus an ihren Handwerksrechnungen beteiligen. Nach dem Gesetz zur »Anerkennung haushaltsnaher Dienstleistungen« dürfen nämlich bis zu 20% der insgesamt für die Modernisierung von Wohnungen entstandenen Kosten steuerlich geltend gemacht werden. Dabei gilt eine Höchstgrenze 3 000 € pro Jahr, d.h. es kommt maximal zu einer Erstattung in Höhe von jährlich 600 €. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass lediglich Arbeitskosten – gegen Vorlage einer Rechnung – nicht aber Materialkosten angesetzt werden können.

Tab. 4
Wohnungsfertigstellungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Teilgebieten und Gebäudearten 1996 bis 2007
 1 000 Wohnungen

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ^{a)}	2007 ^{a)}
Westdeutschland												
in neu errichteten Wohngeb.	353,9	337,9	321,5	321,1	296,8	235,5	211,7	199,7	212,1	180,1	195	199
davon in:												
Ein- und Zweifamiliengeb.	141,3	155,5	166,6	184,5	182,2	149,7	140,4	136,1	147,1	123,7	128	130
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	212,6	182,5	154,9	136,7	114,6	85,8	71,3	63,6	64,9	56,4	67	69
sonstige Fertigstellungen ^{c)}	56,3	54,7	47,2	43,8	37,0	29,4	27,3	25,6	25,1	23,4	24	25
Wohnungen insgesamt	410,2	392,6	368,7	364,9	333,8	264,9	239,0	225,3	237,1	203,4	219	224
Ostdeutschland												
in neu errichteten Wohngeb.	131,4	163,2	110,7	85,4	71,8	50,4	42,0	36,4	35,7	30,7	32	36
davon in:												
Ein- und Zweifamiliengeb.	47,5	55,6	54,0	52,9	47,5	35,7	32,4	29,1	30,1	25,4	27	30
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	83,9	107,6	56,8	32,6	24,3	14,8	9,6	7,3	5,6	5,3	5	6
sonstige Fertigstellungen ^{c)}	18,0	22,4	21,3	22,3	17,5	10,8	8,6	6,4	5,2	4,9	5	6
Wohnungen insgesamt	149,3	185,6	132,0	107,7	89,3	61,2	50,6	42,8	40,9	35,6	37	43
Deutschland insgesamt												
in neu errichteten Wohngeb.	485,2	501,1	432,2	406,6	368,5	285,9	253,7	236,1	247,8	210,8	227	235
davon in:												
Ein- und Zweifamiliengeb.	188,8	211,1	220,6	237,3	229,7	185,4	172,9	165,2	177,2	149,1	155	160
Mehrfamiliengebäuden ^{b)}	296,4	290,1	211,6	169,2	138,8	100,6	80,8	70,9	70,6	61,7	72	75
sonstige Fertigstellungen ^{c)}	74,2	77,1	68,5	66,1	54,5	40,3	35,9	32,0	30,2	28,2	29	31
Wohnungen insgesamt	559,5	578,2	500,7	472,6	423,0	326,2	289,6	268,1	278,0	239,0	256	266

^{a)} Prognose des ifo Instituts. – ^{b)} Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – ^{c)} In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in (neu errichteten) Nichtwohngebäuden; bis 2004 nach der bislang üblichen Abgrenzung »Neue Länder inkl. Ost-Berlin« bzw. »Früheres Bundesgebiet inkl. West-Berlin«.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Der *Wohnungsbau* wird daher in diesem Jahr, nach einem Rückgang der Investitionen in den vorangegangenen sechs Jahren um insgesamt rund 20%, um rund 2% zulegen. Bedingt durch die angesprochenen Vorzieheffekte wird es zu einer Steigerung der Fertigstellungszahlen im Ein- und Zweifamilienhausbau von rund 149 000 Einheiten auf rund 255 000 kommen. In Mehrfamiliengebäuden dürften in diesem Jahr 72 000 Wohnungen erstellt werden, nach nur 62 000 im Jahr 2005.

Den *Unternehmen* ist es in den zurückliegenden Jahren gelungen, durch den Abbau von Überkapazitäten und Kosteneinsparungen, vor allem im Personalbereich, ihre Gewinnmargen wieder zu erhöhen. Sie befinden sich in einem gewaltigen Restrukturierungsprozess, der ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern dürfte.

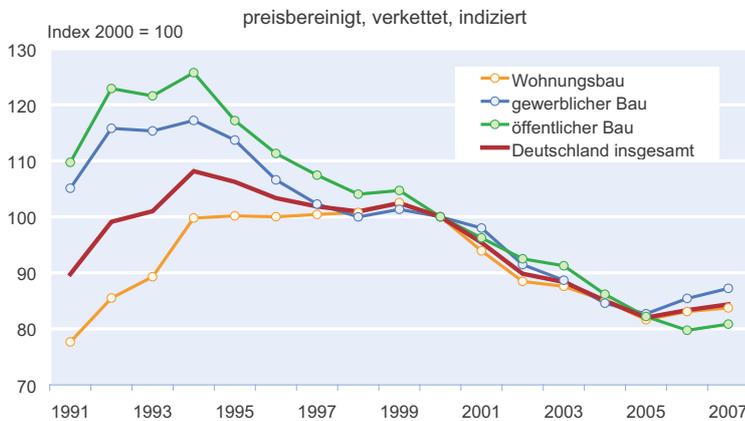
Während die Ausrüstungsinvestitionen bereits 2004 und insbesondere 2005 kräftig zulegen konnten, waren die gewerblichen Bauinvestitionen 2005 gut 2% geringer als 2004. Von der spürbaren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird nunmehr aber auch die Bauwirtschaft profitieren. So haben beispielsweise die Auftragseingänge im gewerblichen Bau nach einer fast zehnjährigen

»Schrumpfkur« 2005 erstmals wieder um 2,1% zugenommen. Auch die Ergebnisse der vierteljährlichen ifo Architektenumfrage zeigen einen positiven Trend: Die Auftragsvolumina der gewerblichen Auftraggeber steigen sogar bereits seit Anfang 2003 tendenziell an. Für 2006 und 2007 ist daher ein Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen um gut 3 bzw. gut 2% zu erwarten, nach einem Rückgang in 2005 von über 2%.

Auch die mittelfristigen Perspektiven sind günstig. Die außerordentlich unternehmerfreundliche Steuerpolitik der Schröder-Regierung einerseits und die einschneidenden Reformen in der Sozialgesetzgebung andererseits werden sich auch in den nächsten Jahren noch positiv auf die konjunkturelle Entwicklung auswirken.

Im weltweiten Vergleich nehmen nicht nur zahlreiche hochinnovative mittelständische Unternehmen bereits Spitzenplätze ein, wodurch sie nicht selten zu Übernahmeobjekten ausländischer Firmen werden, sondern auch immer häufiger deutsche Großunternehmen. Beispielhaft können hierfür die grenzüberschreitenden Übernahmen bzw. Übernahmeangebote von gleich drei Dax-Unternehmen innerhalb weniger Monate angeführt werden: So übernahm

Abb. 22
Bauinvestitionen in Deutschland nach Sparten 1991–2007



Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

BASF das US-Spezial-Chemieunternehmen Engelhard, Linde den britischen Industriegasesthersteller BOC und Eon dürfte kurz vor der Übernahme des spanischen Versorgers

Endesa stehen. Eine Industrie, in der wieder gute Gewinne erwirtschaftet werden, und ein davon auch profitierender Dienstleistungssektor werden letztlich zu einer nicht nur vorübergehende Belebung der gewerblichen Baunachfrage führen.

Die *öffentlichen Bauinvestitionen* haben sich in den sechs Jahren bis 2005 um fast ein Viertel verringert. Auch 2006 dürfte es – nach der schwachen Baunachfrage im Verlauf des ersten Halbjahres – noch nicht zu einer Trendwende kommen. Die Gebietskörperschaften halten sich mit ihren Bauinvestitionen immer noch sehr zurück. Zum Teil haben die Konsolidierungsbemühungen immer noch eine hohe Priorität, zum Teil versucht man zunehmend, den dringenden Investitionsbedarf über PPP-Projekte zu »lösen«. Das heißt, die

Baumaßnahmen der öffentlichen Hand werden 2006 noch um rund 3% schrumpfen und erst 2007 um rund 1 1/2% ansteigen.

Tab. 5
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 1995 bis 2007
Verkettete Volumenangaben in Mrd. € (preisbereinigt)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wohnungsbau	141,15	140,93	141,50	141,99	144,50	140,92	132,37	124,64	123,45	119,82	115,03	117,1	118,0
Nichtwohnhochbau	75,82	71,43	67,69	66,25	65,60	64,18	62,68	58,23	55,57	53,09	51,54	52,2	53,1
– gew. Hochbau	61,43	57,64	55,03	54,06	54,16	53,49	52,36	48,26	46,02	43,62	42,37	43,6	44,5
– öff. Hochbau	14,37	13,77	12,65	12,19	11,44	10,69	10,32	9,97	9,58	8,88	8,76	8,5	8,6
Tiefbau	40,01	37,62	37,10	35,89	37,71	36,75	35,68	34,44	34,88	34,30	32,93	32,3	33,0
– gew. Tiefbau	18,32	17,13	16,70	16,07	16,92	16,66	16,38	15,91	16,19	15,72	15,64	16,3	16,7
– öff. Tiefbau	21,69	20,49	20,40	19,82	20,78	20,09	19,30	18,50	18,51	17,65	16,53	16,0	16,3
Insgesamt	256,97	249,95	246,30	244,15	247,80	241,85	230,72	217,28	213,72	205,67	198,32	201,6	204,1

– reale Veränderung gegenüber Vorjahr in % –

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Wohnungsbau	0,4	-0,1	0,4	0,3	1,8	-2,5	-6,1	-5,8	-1,0	-2,9	-4,0	1,8	0,8
Nichtwohnhochbau	-2,9	-5,8	-5,2	-2,1	-1,0	-2,2	-2,3	-7,1	-4,6	-4,5	-2,9	1,2	1,8
– gew. Hochbau	-2,2	-6,2	-4,5	-1,8	0,2	-1,2	-2,1	-7,8	-4,6	-5,2	-2,9	3,0	2,0
– öff. Hochbau	-5,4	-4,2	-8,1	-3,6	-6,1	-6,6	-3,5	-3,4	-4,0	-7,3	-1,3	-3,0	1,0
Tiefbau	-6,5	-6,0	-1,4	-3,3	5,1	-2,5	-2,9	-3,5	1,3	-1,7	-4,0	-1,9	2,0
– gew. Tiefbau	-5,2	-6,5	-2,5	-3,8	5,3	-1,6	-1,7	-2,9	1,8	-2,9	-0,5	4,0	2,5
– öff. Tiefbau	-7,7	-5,5	-0,4	-2,8	4,8	-3,3	-3,9	-4,1	0,1	-4,7	-6,3	-3,0	1,5
Insgesamt	-1,8	-2,7	-1,5	-0,9	1,5	-2,4	-4,6	-5,8	-1,6	-3,8	-3,6	1,6	1,2
davon:													
Hochbau	-0,8	-2,1	-1,5	-0,5	0,9	-2,4	-4,9	-6,2	-2,1	-3,8	-3,6	1,9	1,1
Tiefbau	-6,5	-6,0	-1,4	-3,3	5,1	-2,5	-2,9	-3,5	1,3	-1,7	-4,0	-1,9	2,0
davon:													
Wohnungsbau	0,4	-0,1	0,4	0,3	1,8	-2,5	-6,1	-5,8	-1,0	-2,9	-4,0	1,8	0,8
Nichtwohnbau	-4,2	-5,9	-3,9	-2,5	1,1	-2,3	-2,6	-5,8	-2,5	-4,9	-3,0	1,4	1,9

Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorausschätzungen des ifo Instituts.

Hierfür sprechen verschiedene Faktoren:

- Deutliche Verbesserung der Haushaltssituation der Kommunen durch höhere Gewerbesteuereinnahmen sowie finanzielle Entlastungen durch die »Hartz-IV«-Gesetze;
- steigende Einnahmen des Bundes bei den Steuern vom Umsatz, der Körperschaftsteuer sowie der veranlagten Einkommensteuer;
- hohe Einnahmen des Bundes aus der Lkw-Maut, die jedoch – wie erwartet – nur unzureichend für Baumaßnahmen verwendet werden;
- Aufstockung der Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur um insgesamt 4,3 Mrd. €;
- Fortsetzung des Investitionsprogramms für Ganztagschulen sowie Investitionen in Kindertagesstätten oder Krippen nach dem Tagesbetreuungsgesetz sowie letztlich ein
- massiver, angestauter Investitionsbedarf.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass der Abwärtstrend in der Bauwirtschaft zu Ende gegangen ist. Die Bauinvestitionen haben sich – nach einem vor allem durch ungünstige Witterungsverhältnisse verursachten kräftigen Einbruch im ersten Quartal – im Verlauf des Jahres deutlich erholt. Im laufenden Jahr kann mit einer Zunahme der Bauinvestitionen um knapp 2% gerechnet werden. In 2007 dürfte das Wachstum gut 1% betragen. Damit wird in diesen beiden Jahren nicht einmal der kräftige Rückgang vom Jahr 2005 (–3,6%) wieder »ausgeglichen«. In 2008 wird es ebenfalls nur eine moderate Zunahme geben.

Branchenforum 4: Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

Derzeitige konjunkturelle Situation und Entwicklungstendenz in den nächsten Monaten

Das Geschäftsklima im Dienstleistungsbereich hat sich laut ifo Konjunkturtest seit Mai 2005 deutlich gebessert. Im Mai 2006 ist allerdings ein (vorläufiger) Höhepunkt im jüngsten Konjunkturzyklus erreicht worden; seitdem schwächt sich der Indikator leicht ab. Bis zuletzt blieben jedoch beide Komponenten des Geschäftsklimas im positiven Bereich, auch wenn speziell die Geschäftserwartungen eine erhebliche Unsicherheit der Firmen über die Auswirkungen der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung erkennen lassen.

Am günstigsten ist die konjunkturelle Verfassung derzeit immer noch im Bereich der Unternehmensdienstleistungen, speziell Unternehmens-, Steuer und Rechtsberatung wie auch in der Datenverarbeitung. In konsumnäheren Bereichen wie etwa Gaststätten hat sich noch kein klarer konjunktureller Aufwärtstrend durchgesetzt, auch wenn es zur Mitte des Jahres dank der Weltmeisterschaft zu positiven Sondereffekten gekommen ist.

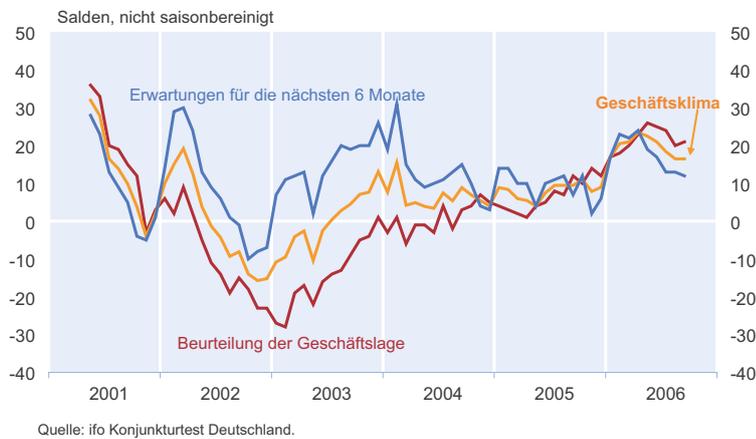
Die im Durchschnitt aller Dienstleistungsbranchen derzeit positive Konjunkturtendenz schlägt sich auch darin nieder, dass die Beschäftigungserwartungen der Firmen weiter aufwärts gerichtet sind, wenn auch die Dynamik zuletzt nachgelassen hat.

Prognosen für 2007 und 2008

In Zusammenarbeit mit Cambridge Econometrics hat das ifo Institut für insgesamt 14 Dienstleistungsbranchen Prognosen der realen Bruttowertschöpfung (Bruttoerlöse abzüglich Vorleistungen, aber inklusiv Abschreibungen) bis zum Jahre 2008 erstellt. Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, sind die stärksten Zuwächse im Jahr 2007 und auch 2008 – wie schon im laufenden Jahr – in der Nachrichtenübermittlung und in der Datenverarbeitung (einschließlich Datenbanken) zu erwarten; in beiden Branchen wird die Zunahme der realen Bruttowertschöpfung sowohl 2007 wie auch 2008 um jeweils über 3% höher liegen als in der entsprechenden Vorjahresperiode. Auch bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen ist ein überdurchschnittliches Wachstum von rund 2% im Jahre 2007 und in Höhe von rund 3% im Jahre 2008 zu erwarten.

Im Finanzdienstleistungssektor (einschließlich private Versicherungen) dürfte das reale Wachstum sowohl 2007 wie auch 2008 bei rund 1% liegen, was in etwa dem Durch-

Abb. 23
ifo Konjunkturtest – Dienstleistungen



Mittelfristige Perspektiven für unternehmensnahe Dienstleistungen

Gegen Ende des letzten Jahrzehnts profitierten besonders die modernen unternehmensnahen Dienstleistungen (wie Datenverarbeitung, Unternehmensberatung, Ingenieurtechnische Beratung und Planung, Werbung, Personalvermittlung und -überlassung, Auftragsdienste usw.) vom »New-Economy-/Millennium-Investitionsboom« der Informations- und Kommunikationstechnik. Umso härter bekamen diese erfolgsverwöhnten Dienste die bereits im Jahr 2000 einsetzende nachhaltige Konsolidierung zu spüren, welche zum Abbau der im Boom entstandenen Über- bzw. Fehlinvestitionen beitrug. Ihre aus der Vergangenheit bekannte Wachstumsdynamik konnten die Unternehmensdienstleister seitdem nicht mehr zurückgewinnen.

schnitt aller Dienstleistungsbranchen entspricht. Im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, wie auch im Verkehrsgewerbe, zeichnet sich 2007 und 2008 nur ein sehr geringes Wachstum der realen Bruttowertschöpfung ab (zwischen 0,1 und 0,2%). Der Grund hierfür liegt bei der nach wie vor sehr verhaltenen Zunahme des privaten Verbrauchs in Deutschland.

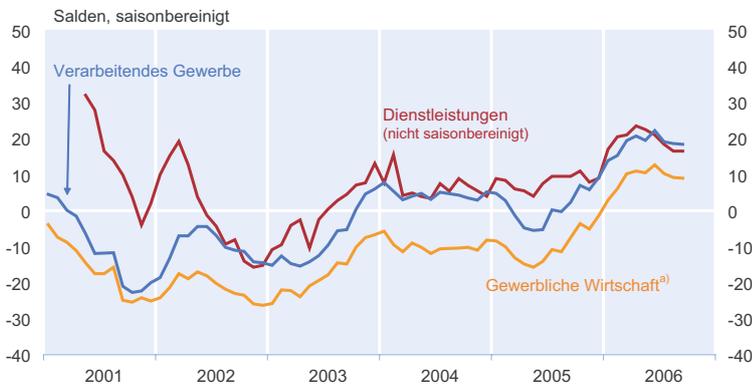
Während die baunahen Dienstleister (Immobilienwesen, Architekten, Ingenieure usw.) vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der fragilen Binnenkonjunktur von bis vor kurzem noch stagnierenden Bauinvesti-

Tab. 6
Bruttowertschöpfung in Deutschland (in Mrd. € zu konstanten Preisen)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Beherbergungs- und Gaststätten	22,95	23,14	20,87	19,96	19,99	20,01	20,03	20,06	20,09
Landverkehr etc.	53,14	51,42	48,11	47,97	48,18	48,24	48,39	48,53	48,76
Schifffahrt	3,80	4,15	6,50	6,35	6,35	6,36	6,36	6,369	6,36
Luftfahrt	9,52	8,77	9,59	9,49	9,50	9,50	9,51	9,51	9,52
Nachrichtenübermittlung	43,10	50,84	55,84	57,10	57,41	59,30	61,28	63,26	65,29
Kredit- und Finanzwesen	65,79	65,98	65,84	65,15	65,55	65,91	66,43	67,04	67,69
Versicherungen (ohne Sozialversicherung)	14,81	16,88	19,01	19,37	19,40	20,11	20,40	20,61	20,82
Datenverarbeitung und Datenbanken	32,61	40,31	39,84	41,31	41,47	42,83	44,24	45,67	47,15
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (I)	268,30	270,48	277,44	275,57	283,01	285,03	290,91	296,85	306,63
Unternehmensbezogene Dienstleistungen (II)	171,56	177,72	175,76	175,85	178,85	179,64	181,87	184,03	187,55
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	114,87	113,38	113,85	112,05	113,26	112,82	112,93	113,35	114,31
Erziehung und Unterricht	76,87	77,08	77,88	77,17	77,74	77,53	77,58	77,76	78,19
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	114,40	116,62	123,99	123,71	125,19	124,65	124,79	125,31	126,50
Sonstige Dienstleistungen	93,49	92,66	92,65	92,05	92,86	93,07	93,64	94,18	95,05

Quelle: Cambridge Econometrics.

Abb. 24
ifo Konjunkturtest – Geschäftsklima im Vergleich



^{a)} Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel.
Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

tionen betroffen sind, leiden die übrigen Servicesparten unter der forcierten Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft. Dies kommt zum einen in direkten Dienstleistungsimporten durch grenzüberschreitendes Service-Outsourcing zum Ausdruck (z.B. bei IT-Diensten, Finanz- und Rechnungswesen, Call Centers etc.). Zum anderen bewirken vor allem die Produktionsverlagerungen der Industrie einen Vorleistungsimportsog aus dem Ausland mit indirekten (»in Waren gebundenen«) Serviceeinfuhren.

Darüber hinaus ermöglichen Produktivitätsgewinne durch den vermehrten Einsatz von Informationstechnologie gerade im Verwaltungsbereich erhebliche Effizienzgewinne, so dass zahlreiche Serviceangebote der unternehmensnahen Dienstleister von Sparmaßnahmen der (potentiellen) Auftraggeber betroffen sind.

Lediglich Dienstleistungsangebote mit immanenter Rationalisierungsfunktion sind in der gegenwärtigen Situation verstärkt gefragt (bspw. aus den Bereichen Personalvermitt-

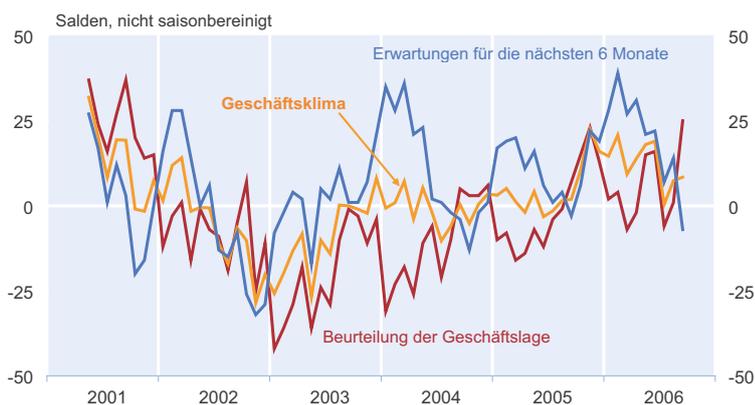
lung und -überlassung, Mobilienvermietung, Auftragsdienste, Datenverarbeitung, Wirtschaftsberatung). Insofern kann allenfalls ein Teil der Unternehmensdienstleister tatsächlich als Wachstumsmotor fungieren.

Nach Dr. Bagus von der Feri Rating & Research GmbH werden im Zeitraum 2005 bis 2008 die stärksten Zuwächse in den Dienstleistungsbranchen Mobilienvermietung und Leasing, Personalvermittlung und -überlassung sowie Datenverarbeitung und Rechts-, Wirtschaftsberatung erwartet. Unterdurchschnittliche Wachstumsraten ergeben sich danach insbesondere für die Dienstleistungsbereiche Immobilienwesen sowie Architektur- und Ingenieurbüros.

Wie kann der Gesundheitsbereich zu einem Wachstumsmotor werden?

Nach Münch, Aufsichtsratsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG, besteht die Gefahr, dass sich das deutsche Gesundheitssystem ähnlich wie das amerikanische zu einem Hochpreis- und Individualleistungssystem entwickelt und damit die Chance vertan wird, dass sich der Gesundheitsbereich zu einem breit angelegten Wachstumssegment der Volkswirtschaft entwickelt. Um letzteres zu erreichen, wäre eine völlige Neukonzeption der medizinischen Versorgung notwendig. Stichworte dieses neuen Systems wären starke Standardisierung und Rationalisierung durch Einsatz völlig neuer Technologien – vor allem im diagnostischen Bereich – sowie eine stärkere Patientenorientierung gepaart mit mehr Eigenleistung der Versicherten (vgl. Thesen von Münch auf S. 35).

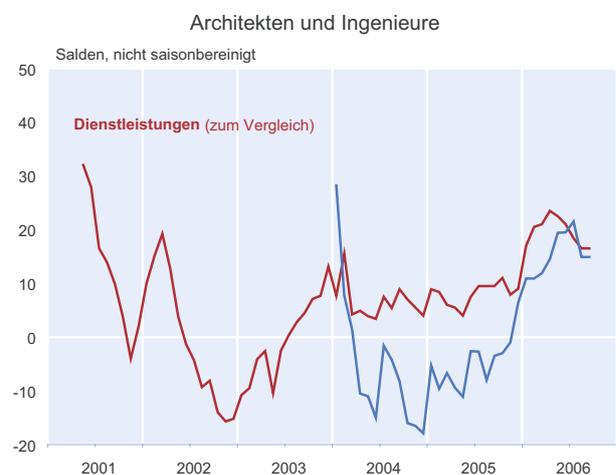
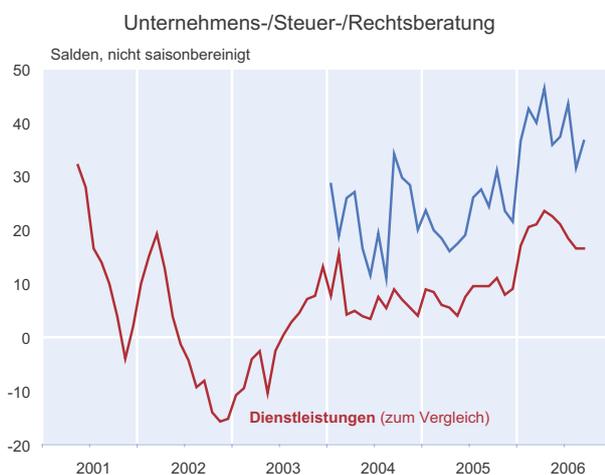
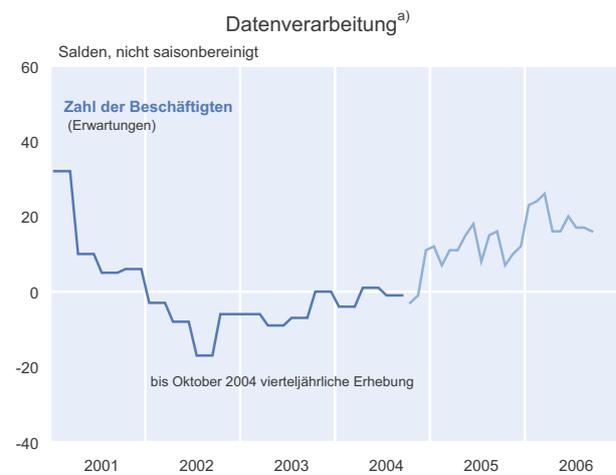
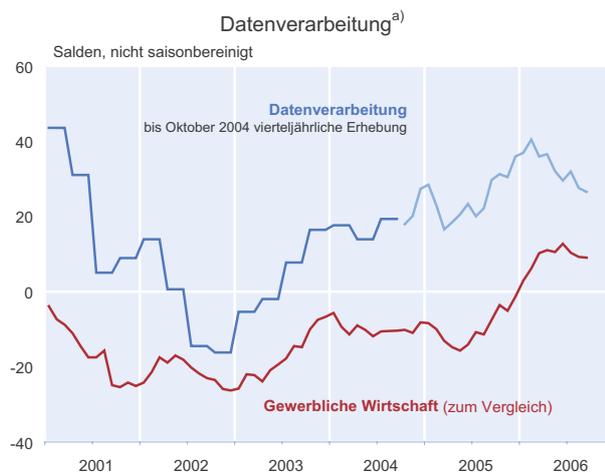
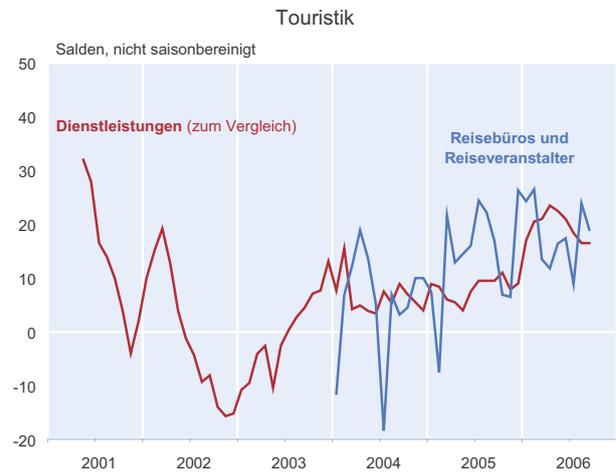
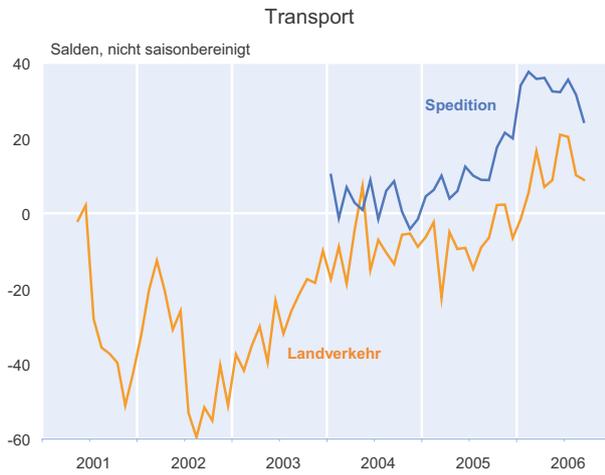
Abb. 25
ifo Konjunkturtest – Gastgewerbe



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Ein Band mit Tagungsunterlagen zum Branchen-Dialog ist zum Preis von 120 EUR zuzüglich MwSt beim ifo Institut erhältlich. Ansprechpartner: Frau Rieß, mailto: riess@ifo.de.

Abb. 26
ifo Konjunkturtest – Dienstleistungen
Geschäftsklima



^{a)} Software-Entwicklung, Consulting, System-/Network Operation, Processing, Environmental Services, Wartung u. a.

Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.